



Dossier

Folter

Blickpunkt

Ein Jahr nach Beginn des Irak-Krieges:
weltweiter Protest gegen Krieg als Mittel der Politik

Berufschancen für Zivildienstleistende

Welchen Berufseinstieg soll ich wählen?

Vor dieser Frage stehen viele Zivildienstleistende nach Ablauf ihrer Ersatzdienstzeit. Sie suchen einen Beruf, der ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht und zukunftsorientierte Berufsperspektiven bietet.

Vor- und während des Ersatzdienstes erworbene Kenntnisse sind jedoch oft nicht nahtlos – ohne weitere Qualifizierung – auf einen Beruf übertragbar.



Das Berufsförderungsprogramm regelt die Studienförderungsmöglichkeit.

Als „Staatlich geprüfte(r) Einrichtungsfachberater(in)“, insbesondere mit dem Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ und als „Staatlich geprüft(e) Betriebswirt(in)“ warten viele Stellenangebote auf jeden Absolventen.

Alle Studiengänge umfassen auch die Ausbilderqualifikation. Der Studiengang „Staatlich geprüft(e) Betriebswirt(in)“ befähigt, Führungspositionen in der Branche einzunehmen.

Zukunftsberufe in der Einrichtungsbranche

Einrichten - eines der faszinierendsten Themen überhaupt.

Absolventen der Fachschule des Möbelhandels gehören zu den begehrtesten Nachwuchskräften in Möbelhandel, -industrie und Verbänden. Seit über 40 Jahren in Köln ansässig, qualifiziert die „Möfa“ Jahr für Jahr etwa 200 erfolgreiche Absolventen für den Start in eine gesicherte Karriere. In den Studiengängen haben auch

„Quereinsteiger“ die Möglichkeit, eine neue Karriere in die Einrichtungsbranche zu starten als:

- Staatlich geprüfte(r) Betriebswirt(in)
(Fachrichtung Möbelhandel) 4 Sem.
- Staatlich geprüfte(r) Einrichtungsfachberater(in) 2 Sem.
- Staatlich geprüfte(r) Küchenfachberater(in) 2 Semester

Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche durch eine praxisgerechte Ausbildung und staatliche Abschlussprüfung

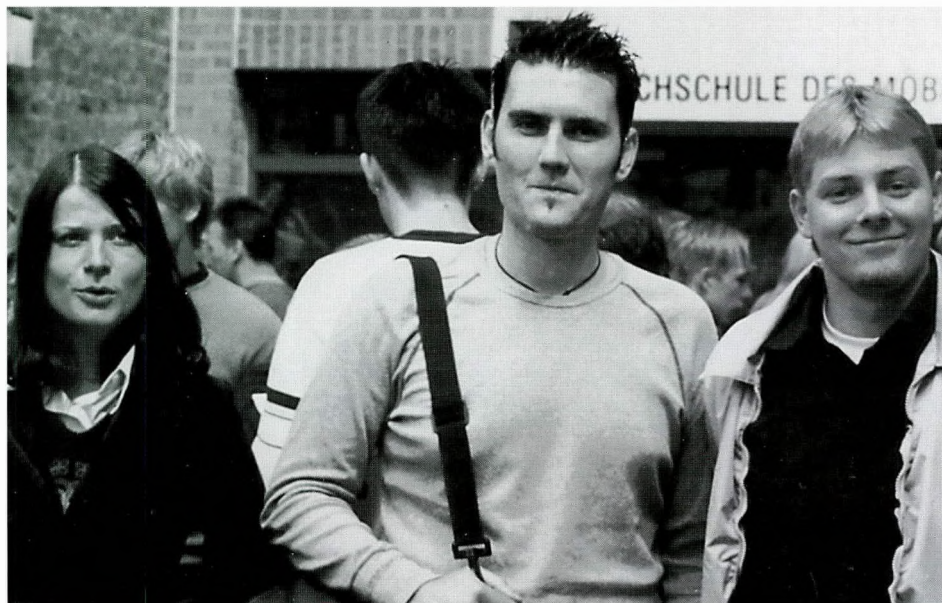
Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa möglich.

Fordern Sie unseren Studienführer an.

**Fachschule
des Möbelhandels**

www.moefa.de

Frangenheimstr. 6 · 50931 Köln
Tel. 0221/9 40 13-0 · info@moefa.de



Intern



Stuttgart, den 8. April 2004

Liebe Leserin, lieber Leser,

etwa jeder vierte Flüchtling, der in einem freien Staat wie der Bundesrepublik um Asyl nachsucht, hat Foltererlebnisse in seinem Heimatland hinter sich. Auf diese Schätzung kommen Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international. Die Menschen fliehen vor der Folter aus der Türkei, aus Bosnien, Tschetschenien, Sri Lanka... Oft sind es Frauen, manchmal auch Kinder, von den verzweifelten Eltern außer Landes geschickt.

Wie alle Flüchtlinge, die Asyl suchen, sind auch Folteropfer in Sammellagern, so genannten Landesaufnahmestellen untergebracht. Ein Leben unter diesen Bedingungen ist generell belastend, ganz besonders aber für Menschen, die Foltererlebnisse hinter sich haben: Schon das Lager erinnert viele an ihren Gefängnisarrest. Sie werden konfrontiert mit einer Flut von Bestimmungen und Einschränkungen – und mit Misstrauen seitens der Behörden und auch der Bevölkerung. Und während der Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge müssen sie lückenlos und widerspruchsfrei ihr Verfolgungsschicksal beschreiben.

Wie erklärt man die eigene Folterung? Wie beschreibt man die Demütigung und die versuchte Auslöschung der eigenen Person? Der jüdische Schriftsteller und Widerstandskämpfer Jean Améry, der das Konzentrationslager Auschwitz überlebte, hat in seinem Buch „Jenseits von Schuld und Sühne“ zu beschreiben versucht, was die Folter der SS mit ihm gemacht hat:

„Die Tortur ist das fürchterlichste Ereignis, das ein Mensch bewahren kann...“

Der erste Schlag bringt dem Inhaftierten zu Bewusstsein, dass er hilflos ist. Mit dem ersten Schlag bricht das Weltvertrauen zusammen... Wer gefoltert wurde, bleibt gefoltert... Ich baumele noch immer, zweiundzwanzig Jahre danach, an ausgerekten Armen über dem Boden, keuche und bezichtige mich. Da gibt es kein Verdrängen.“

Die Folter zählt zu den schlimmsten Verbrechen unserer Zeit. Dass das Überleben dieses Verbrechens für sich genommen nach wie vor in Deutschland kein Recht auf Asyl begründet, sondern dass das Folteropfer peinlich genau aufschlüsseln muss, welche politische Überzeugung, religiöse Anschauung oder ethnische Herkunft warum und wie mit der Denkweise der Folterer in Verbindung stand..., das ist ein Armutszeugnis für einen Rechtsstaat. Immer wieder gibt es Berichte über abgeschobene Asylbewerber, die bei ihrer Rückkehr ins Heimatland noch am Flughafen festgenommen, inhaftiert und erneut gefoltert wurden.

Auch im Umgang mit Folteropfern könnte Deutschland beweisen, dass die aus dem NS-Folterstaat hervorgegangene Demokratie in der Lage ist, aus ihrer Vergangenheit die richtigen Lehren zu ziehen.

Mehr zum Thema Folter in unserem Dossier ab Seite 17.

Herzlich Ihr

Inhalt

Briefe	4
Impressum	4
News	5
Fundsachen	6
Graffiti	
„Terrakotta-Armee“	8
zivil-Kunstwettbewerb	9
Buch	
„PEACE SIGNS“ – Poster gegen den Irak-Krieg	10

Blickpunkt:

„Stillhalten ist tödlich!“	
Weltweiter Protest gegen Krieg	
als Mittel der Politik	13

Dossier

Folter	17
„Folter – ein weltweites Problem“	18
zivil-Interview mit Dr. Uta Klee:	
„Vergessen kannst Du das nicht“	20
Türkei:	
„Der Kampf gegen die Folter geht weiter“ ..	22
Der „Fall Daschner“:	
„Ein bisschen Folter für einen guten Zweck?“	24
Tipps: Internet / Literatur	27



Reise

„Go east!“	
Die Polen kommen – nichts wie hin!	28
„Europa der zwei Geschwindigkeiten?“	
Freiwilligendienst in Polen	30
International	
Interkulturelles Lernen	31
Werbung für Deutsch-Kurse in England	32
Porträt	
Carl von Ossietzky	32
Gedanken	38
Galerie	
„Der Triumph des Todes“	
von Pieter Bruegel d. Ä.	39

Titelfoto:

Demonstration am 20. März in Ramstein

Foto: dpa



**Betr.: zivil 1/04, Dossier:
„Für die paar Türkinnen?“**

Danke für diesen wichtigen und toll geschriebenen Beitrag auf Seite 25. Wir hier in Solingen haben zu einem „nicht geringen“ Teil ebenso empfunden wie Sie und viele andere, die Sie benennen. In einer Stadt, in der der Brandanschlag von Solingen einiges veränderte, ist bei vielen ein „Wegschauen“ längst nicht mehr an der Tagesordnung. Da bewegt sich was, zu erkennen eben auch über die Solidarität zu dem couragierten Personalmanager. Mit freundlichen Grüßen,

Uli Preuss, Solingen

Liebes zivil-Team, mit großer Anteilnahme habe ich den Artikel „Für die paar Türkinnen?“, geschrieben von Werner Schulz, gelesen. Zunächst möchte ich meine Bewunderung Holger Müller gegenüber aussprechen, dem seine Zivilcourage und sein Gewissen mehr wert waren, als ein wahrscheinlich gut bezahlter Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft. Das Urteil des Richters in Wuppertal wirft für mich einige Fragen auf. Die erste Frage dreht sich schlicht und ergreifend um Recht. Denn von Arbeitnehmerseite ist die Einstellung verständlich, wenn dieser sagt, er möchte selbst entscheiden dürfen, wen er einstellt und wen nicht. Macht er jedoch beim Einstellen von neuen Mitarbeitern Unterschiede zwischen Deutschen und Türken/innen, behandelt er nicht alle Menschen gleich und verstößt somit gegen geltende EU-Richtlinien und sogar gegen das Grundgesetz. Was sollte einem deutschen Richter demnach mehr wert sein? Arbeitnehmerrecht eines Einzelnen oder das für alle in Deutschland lebenden Menschen geltende Grundgesetz? Für mich persönlich hat Holger Müller recht, moralisch in jedem Fall!

Ich möchte noch beifügen, dass ich auf einem Bauspielplatz in Hamburg meinen Zivildienst absolviere, wo ausländische wie deutsche Kinder miteinander spielen. Ich würde es schlimm finden, wenn sie in einigen Jahren nicht miteinander arbeiten dürften, weil einige von ihnen

eben nicht aus Deutschland stammen. Ich drücke Holger Müller beide Daumen, dass er bei weiteren Instanzen bessere Richter und letztendlich auch recht bekommt.

Mit freundlichen Grüßen,
Sebastian Benzmann, Hamburg

**Betr.: zivil 4/03, Blickpunkt:
„Der Holocaust auf deinem Teller“**

Einseitige, tendenziöse, unseriöse Berichterstattung, wenigstens aus der richtigen Ecke ;-) interessant. Ich finde es gut, dass es noch welche gibt, die sich zutrauen zu sagen, dass Juden in Viehwagen und nicht Vieh in Judenwagen transportiert wurden/werden. Ein Stall ist nicht wie ein KZ, ein KZ ist eher wie ein Stall.

Jan Ortgies, Aurich

**Betr.: zivil:
Anregungen, Kritik, Lob...**

Eine kleine Auswahl der Einsendungen

Hervorragende Mischung aus Information, Hilfe, Hintergrund und Unterhaltung. Ein absolutes Highlight in der Zivi-Zeit! Besonders gefallen mir die klaren Aussagen und der christlich-biblische Bezug. Weiter so! Mit Jesus Christus mutig voran!

Michael Glocker, Münchingen

Weiter so, vielleicht ein Forum für Zivis in einer neuen Stadt, die dem man Gleichgesinnte kennen lernen kann.

Björn Geswin, Sauerlach

Prima Rätsel (wie immer) und interessante Artikel zur „Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen“. Allerdings ist Eure Website nicht ganz „aktuell“. Tschüss und Gruß,

Micha Schulz, Bannewitz (per E-Mail)

Eure Zeitung ist super, und die Rätsel immer schön schwer, damit die grauen Zellen nicht einrostet. Macht weiter so!!! Ciao,

André Nagel, Thalheim (per E-Mail)

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabonnement.

Herausgeber:

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Wachmannstraße 65, 28209 Bremen
www.eak-online.de

Redaktion:

Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:

Günter Knebel, Bremen; Hans Seydel, Frankfurt; Dr. Volker Teichert, Heidelberg; Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:

Redaktion zivil, Werner Schulz, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart, Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09, E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de
www.zivil.de

Vertrieb:

EAK – Vertrieb zivil, Wachmannstraße 65, 28209 Bremen, Telefon 0421/34 40 37, Fax 0421/34 91 61

Verlag und Anzeigen:

Kreuz Verlag, Irmgard Feuss, Liebknechtstraße 33, 70565 Stuttgart, Telefon 0711/788 03-29, Fax -10, E-Mail: feuss@kreuzverlag.de

Anzeigen Berufsperspektiven:

Rodmann & Partner Kommunikation und Media-Service, Woldsenweg 14, 20249 Hamburg, Telefon 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12, Mobil 0171/5212328, E-Mail: rodmann-partner.rococo@t-online.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. 4. 2003

Das Jahresabonnement (5 Hefte) kostet 10 € einschließlich Versand. Das Abo gilt für den Rest des laufenden Jahrgangs und für den darauf folgenden Jahrgang. Das Abonnement ist gegen Rechnung im Voraus zahlbar und dann jeweils zum Jahresende kündbar. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter Leserinnen und Leser durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Die Besprechung unverlangt eingesandter Bücher und CDs kann nicht garantiert werden.

Gestaltung: Thomas Donner, Stuttgart,

E-Mail: mail@thomasdonner.com

Druck und Verarbeitung: Schnitzer Druck, Fritz-Klett-Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten davon dürfen Kopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V.

Recht ströme wie Wasser



Recht ströme wie Wasser

25. Ökumenische FriedensDekade 7. bis 17. November 2004

Der Berliner Grafiker Michael Wamposzyc hat den Plakatwettbewerb gewonnen, den das Gesprächsforum Ökumenische FriedensDekade ausgeschrieben hatte. Zu dem diesjährigen Motto der Friedenstage, die vom 7. bis 17. November stattfinden, gestaltete Wamposzyc ein Plakat, das Hoffnung und Erwartung ausdrückt.

Friedenspreise

War Resisters International

Die Organisation von Kriegsdienstverweigerern „War Resisters International“ (WIR) erhält in diesem Jahr den „Friedrich Siegmund-Schultze-Förderpreis für gewaltfreies Handeln“. Das kontinuierliche und weltweite Engagement für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung sollte mit dem Preis gewürdigt werden, so die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), die den mit 5000 Euro dotierten Preis vergibt. Der Preis erinnert an den evangelischen Theologen und Friedensaktivisten Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969), der sich nach dem Zweiten Weltkrieg für das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung eingesetzt hatte. Verliehen wird die Auszeichnung am 28. September in Speyer. www.eak-brd.de

Geschwister-Scholl-Preis

Für sein Buch „In einem unbewachten Augenblick“ (Aufbau-Verlag) erhielt Mark Roseman den mit 10.000 Euro dotierten Geschwister-Scholl-Preis 2003.

Toleranzpreis

Dem schwedischen Krimiautor und Theaterregisseur Henning Mankell wird am 9. Mai der Toleranzpreis der Evangelischen Akademie Tutzing verliehen. Der Schriftsteller leitet seit 20 Jahren das Theatro Avenida in Maputo, Mosambik. Der mit 10.000 Euro dotierte Tutzinger Toleranzpreis soll Menschen ehren, die weltweit dafür eintreten, kulturelle, religiöse und politische Auseinandersetzungen zu schlichten.

„Frau Europas 2004“



Zur „Frau Europas 2004“ wurde die Regensburger Malerin und Aktionskünstlerin Regina Hellwig-Schmid gewählt. Die Initiatorin der Millenniums-Aktion „Flaschenpost für den Frieden“, einem Kunst- und Friedensprojekt entlang der Donau, hatte in den Jahren 2001 und 2003 die „Internationale Donau-Konferenz für Kunst und Kultur“ geleitet. In diesem Jahr organisiert die Preisträgerin die „Donumenta 2004“, eine spartenübergreifende Dokumentation der Kunst- und Kulturszene aller Donau-Länder. Vergeben wurde ihr der Preis von der Frauenkommission der Europäischen Bewegung.

Deutschland

Bundeswehr-Beschwerden

Etwas genauso viele Eingaben wie im vergangenen Jahr – rund 6100 – verzeichnete der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Wilfried Penner, in seinem jüngsten Jahresbericht. Zugenommen haben die Eingaben wegen rechts-extremistischer oder fremdenfeindlicher Vorkommnisse, sie stiegen von 111 (2002) auf 139 (2003). 83 Soldatinnen wandten sich wegen sexueller Belästigungen an den Wehrbeauftragten. An allen gemeldeten Vorfällen seien Wehrpflichtige zu 70 % beteiligt gewesen.

Wehrpflicht-Ausnahmen rechtens

Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts Koblenz verletzen die neuerlichen Ausnahmen vom Wehrdienst nicht die Rechte von einberufenen Wehrpflichtigen. Wer einberufen sei, könne sich nicht darauf berufen, dass andere nicht dienen müssten. Hintergrund der rechtskräftigen Entscheidung ist die seit Juli 2003 gültige Ausnahmeregelung für verheiratete, T3-gemus-terte und über 23-jährige Wehrpflichtige.

Schlag gegen rechtsextreme Musik im Internet

Das Bundeskriminalamt hat Ende März bundesweit bei 333 mutmaßlichen Anbietern von rechtsextremer Musik Durchsuchungen durchgeführt. Die Personen stehen im Verdacht, über die Tauschbörse KaZaA Musiktitel mit volksverhetzenden Inhalten zur Verfügung gestellt zu haben. Insgesamt habe das Bundeskriminalamt 342 Personen ermittelt, die den Zugriff auf die Musik deutscher Skinhead-Bands ermöglichten, teilte die Behörde mit. Die Staatsanwaltschaft Bonn leitete demnach bereits Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein. (pte)

Rüstungsexporte

Auch in diesem Jahr kritisierten die Kirchen die Rüstungsexport-Praxis der Bundesregierung in dem Bericht, den die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) vorlegte.

Den Wert der im Jahr 2002 erteilten deutschen Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern beziffern die Kirchen auf 3,26 Milliarden Euro (Vorjahr: 3,7 Milliarden). Der Rückgang sei vor allem darauf zurückzuführen, dass Südkorea weniger Genehmigungen erhalten habe, insbesondere für den Kauf von U-Booten und Bauteilen. Beim Export von Kriegsschiffen nehme Deutschland eine weltweit führende Position ein. Wegen Lieferungen an Südafrika sei in den kommenden Jahren wieder mit einem Anstieg des Gesamtvolumens zu rechnen.

Mit den Genehmigungen für Indien und Israel seien Rüstungsexporte „in Spannungsbereichen“ genehmigt worden. Auch Länder wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate dürften – mit Blick auf die Lage der Menschenrechte dort – nicht weiter beliefert werden; Lieferungen, etwa des Spürpanzers Fuchs, stünden im Widerspruch zum EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte. Immerhin bemühe sich die Bundesregierung, die Verbreitung von Kleinwaffen einzuschränken. Diese seien die „Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts“.

International

Bürgermeister für den Frieden

Eine „Emergency Campaign“ (Notfallkampagne) gegen die weltweite Bedrohung durch Atomwaffen haben im Oktober 2003 die „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) in Manchester verabschiedet. Die Kampagne, die von Bürgermeister Tadatoshi Akiba aus Hiroshima initiiert wurde, wird auch in Deutschland von Friedensgruppen unterstützt. Unter anderem sollen in Briefen die Oberhäupter deutscher Städte aufgefordert werden, den „Notfallplan“ zu unterstützen.

Vom 24. April bis zum 7. Mai 2004, während in New York bei der letzten Vorbereitungskonferenz über die Zukunft des Atomwaffensperrvertrages (NPT) diskutiert wird, werden BürgermeisterInnen und Friedensgruppen aus der ganzen Welt nach New York reisen und ihre Stellungnahmen abgeben. Ein Jahr später, im April/Mai 2005 soll es bei der Überprüfungs-konferenz des NPT-Vertrages zu einem „Völker-gipfel für die nukleare Abrüstung“ kommen, an dem 2000 Friedensgruppen aus aller Welt teil-nehmen sollen.

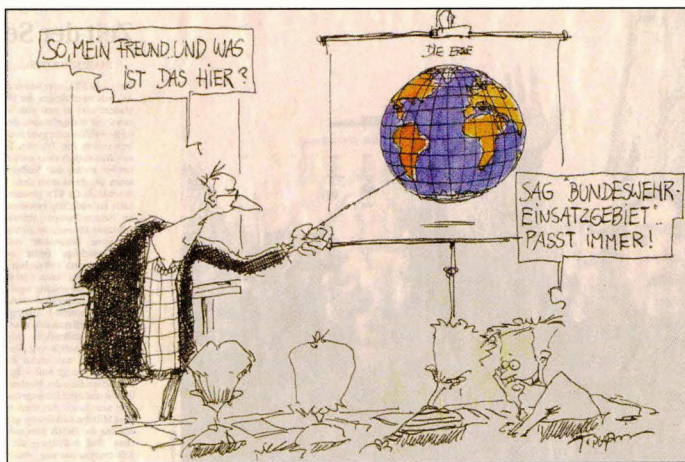
Kontakt: Wolfgang Schlupp-Hauck, Pressehütte, Forststraße 3, 71357 Mutlangen, www.pressehuette.de, www.nuclear-free.com www.pcf.city.hiroshima.jp/mayors/,

Aufruf zur Gewaltlosigkeit

Europäische Religionsführer haben bei einem Treffen in Moskau zu Gewaltlosigkeit aufgeru-fen. Unter Hinweis auf den Nahen Osten und das Kosovo werden politische Lösungen in den Konfliktgebieten angemahnt. Die Religions-führer verurteilen sowohl die Ermordung des Hamas-Führers Scheich Ahmed Jassin als auch die jüngste Gewalt im Kosovo.

Rüstungsausgaben

Ein Drittel aller Länder weltweit gibt mehr Geld für das Militär aus als für das Gesundheitswesen. Das geht aus dem UN-Entwicklungsbericht für das Jahr 2003 hervor. Unter den Staaten mit un-verhältnismäßig hohen Rüstungsausgaben sind viele Entwicklungsländer. So gibt etwa Kambod-scha, das zu den ärmsten Ländern der Welt zählt, 3 % des Bruttoinlandsprodukts für sein Militär aus und nur 2 % für Gesundheit. Dass es auch anders geht, zeigt Brasilien: 1,5 % Militär, 3,4 % Gesundheit.



Karikatur: Pläßmann

Termine

23. bis 25. April, Bad Boll

„...und ist noch nicht erschienen, was wir sein werden“

Eine Tagung über Dorothee Sölles Bedeutung für ein Christentum der Zukunft

Kontakt: Evang. Akademie, 73087 Bad Boll, Telefon 07164/79-0, Fax 07164/79-440, E-Mail info@ev-akademie-boll.de, www.ev-akademie-boll.de

22. April bis 17. Mai, Bonn

„Kleinwaffen – eine weltweite Bedrohung“

Ausstellung im Wissenschaftszentrum, Ahrstraße 45, 53175 Bonn, Mo-Fr, 8-19 Uhr, Sa, So, Feiertags geschlossen. www.wzbonn.de >Ausstellungen

20. bis 27. August, Hofheim

„Worte wie Mauern – oder wie Fenster! – Gewaltfreie Kommunikation einüben“

Dieses Sommerseminar möchte Urlaub und Lernen verbinden. Neben dem Programm für Erwachsene gibt es auch ein Kinderprogramm. Kontakt: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711/60 83 96

26. August bis 9. September

Lern- und Solidaritätsreise nach Israel und Palästina

Die Reise ist verbunden mit einem Arbeitsein-satz zur Unterstützung palästinensischer Bau-ern und zum Wiederaufbau zerstörter Häuser. Daneben wird es eine alternative Tour durch Israel geben, die nicht nur zu biblischen Stätten führt, sondern auch die Friedensarbeit gewalt-freier Gruppen auf beiden Seiten aufzeigt. Die Kosten betragen 1300 Euro für Flug, Unterkunft und Verpflegung.

Kontakt: Büro des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees, Hauptstraße 1, 69245 Bammental, Telefon 06223/5140, Fax 06223/47791

23. bis 25. September, Düsseldorf

„Grünes Geld“

Im Rahmen der Internationalen Anlegermesse (IAM) wird es in der Messe Düsseldorf einen bundesweiten Branchentreff für nachhaltige Kapitalanlagen geben. Dabei geht es um Fi-nanzprodukte, die den Renditegedanken mit ökologischen, sozialen oder ethischen Aspek-ten verbinden.

Kontakt: Öko-Zentrum NRW, Sachsenweg 8, 59073 Hamm, www.gruenes-geld.de

Fundsachen



Pig Brother

Die passende Antwort auf den RTL-Dauerkon-tainer „Big Brother“ kommt jetzt von den deut-schen Jägern:

„Unter dem Motto „Pig Brother“ sendet der Deutsche Jagdschutz-Verband (DJV) Live-Bilder einer Wildschwein-Rotte ins Internet. Neben dem Einblick in das Familienleben des Schwarz-wildes von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang will der DJV mit der Kamera auch dabei sein, wenn im „Wurfkessel“ Junge zur Welt kommen. www.wildtiere-live.de

Nicht mein Tag

„Dieser Tag ist nicht sehr geeignet für wichtige Entscheidungen oder körperliche Gewaltakte.“ Aus einem Tages-Horoskop für das Sternzeichen Widder, verbreitet von der Nachrichtenagentur ddp.

Restrisiko

„Seit Gerda Ernst in der Außenwohngruppe eines Halteraner Kinder- und Jugendheims mit den Mädchen über Liebe, Sex und mögliche Folgen spricht, ist keine der Bewohnerinnen mehr schwanger geworden. Doch blieb ein Ri-sikofaktor: Die Männer.“

Aus einer Pressemitteilung des Caritasver-bandes für die Diözese Münster über den ersten „Schwangerenberater“ des Bistums, der Jungen aufklären soll.

**Kleine Waffen –
große Wirkung™**

Ausstellung (10 Farb-Displays
A 0 mit Bildern und Fakten)

Verleih: AGF-Trier@t-online.de
(0651) 9941017



Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) sucht
einen hauptamtlicheN politischeN GeschäftsführerIn

Nähere Informationen unter www.dfg-vk.de.
Bewerbungen bitte bis 30. 04. 2004 an DFG-VK, z. Hd. Bundessprecherkreis,
Schwanenstraße 16, 42551 Velbert.

Airbus gehört die Zukunft

Alle vier Sekunden startet oder landet ein Airbus – irgendwo auf der Welt.

Unsere Zukunft sind Sie

Ob Konstruktion, Entwicklung, Fertigung – jeder Tag bei Airbus ist ein Meilenstein Ihrer Karriere an der Spitze der Flugzeugtechnologie.

Studieren Sie mit Airbus!

DUALER STUDIENGANG
PRODUKTIONSTECHNIK
UND -MANAGEMENT
INTEGRIERTER STUDIENGANG
FLUGZEUGBAU

Zum Wintersemester 2005/2006 bietet Airbus in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) den **Dualen Studiengang ‚Produktionstechnik und -management‘** sowie den **Integrierten Studiengang ‚Flugzeugbau‘** an. Durch eine Kombination aus Theorie und Praxis lernen Sie die faszinierende Welt des Flugzeugbaus kennen. Bei uns haben Sie die Möglichkeit, Ihre theoretischen Grundlagen praxisbezogen in unseren Fachbereichen einzusetzen. Damit Sie sich gezielt auf Ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten können, steht Ihnen ein qualifizierter Mentor zur Seite und Sie erhalten von Beginn an eine attraktive Ausbildungsvergütung. Nach einer Studierendauer von 9 Semestern schließen Sie Ihre Ausbildung als Diplom-Ingenieur (FH) ab.

Luffahrt begeistert Sie! Gute bis sehr gute Noten in naturwissenschaftlichen Fächern, gutes Englisch und Freude am Umgang mit Menschen zeichnen Sie aus. Wenn Sie Aufgaben mit Neugierde angehen und sich als Teamplayer in eine Gruppe integrieren können, erleichtert Ihnen dies den Einstieg. Von männlichen Bewerbern erwarten wir, dass sie möglichst den Wehr-/Zivildienst geleistet haben.

Airbus gehört die Zukunft – unsere Zukunft sind Sie.

Aktuelle Informationen über Ihre Karrieremöglichkeiten bei Airbus finden Sie unter www.airbus-careers.com.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte bis zum **30.09.2004** an Airbus Deutschland GmbH, z. H. Frau Nicole Hoog, Postfach 95 01 09, 21111 Hamburg.

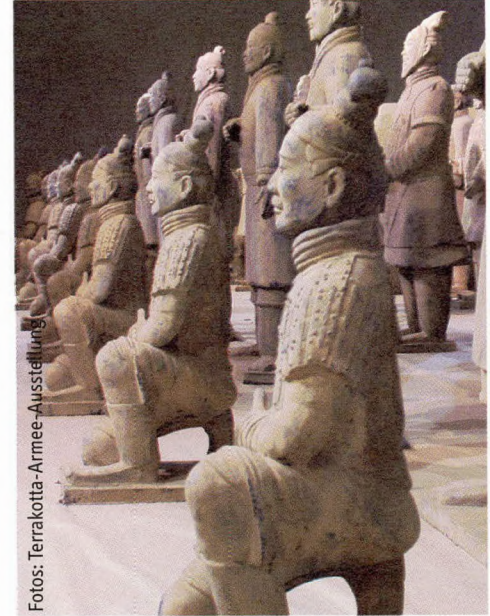
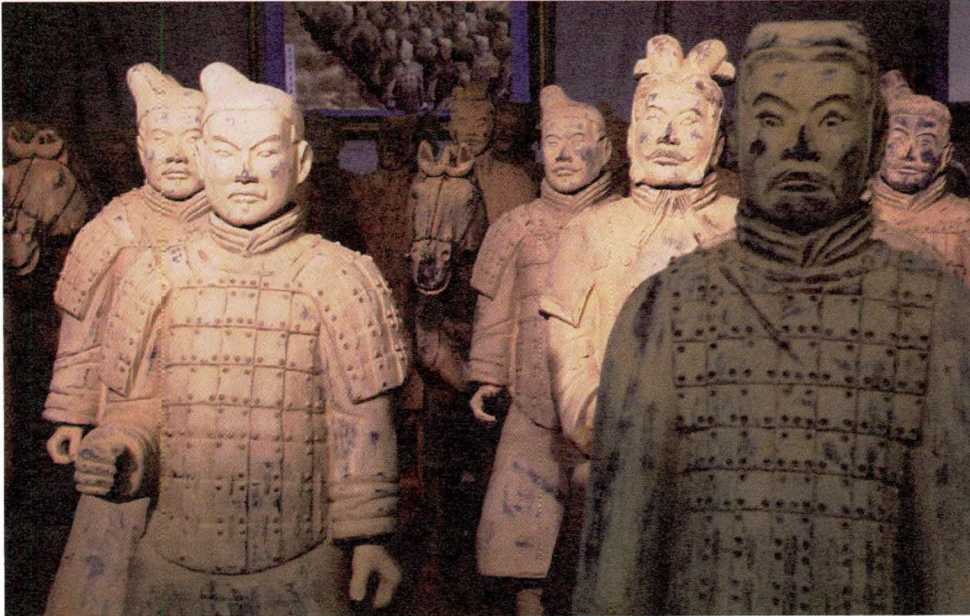
Airbus setting the standards.



AIRBUS

Die Terrakotta-Armee

Eine chinesische Ausstellung gibt zivile Denkanstöße zum Lernen aus der Geschichte



Fotos: Terrakotta-Armee-Ausstellung

(effes) Weit über Kernfragen hinaus haben die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China sich erfreulich positiv entwickelt. Dem Vernehmen nach wurde daher auf Regierungsebene bilateral bekräftigt, dass störende Konflikte um Menschenrechts- und Umweltfragen künftig der Vergangenheit angehören sollen. Stattdessen soll der Kulturaustausch verstärkt und eine gemeinsame Traditionspflege entwickelt werden.

Den Anfang macht ein militärpolitisches Modellprojekt aus China, das seit 2002 in Deutschland präsentiert wird und derzeit in Berlin zu sehen ist: Es handelt sich um die Terrakotta-Armee des ersten chinesischen Kaisers. Vor knapp 2300 Jahren hat Qin Shi Huang Di sich in seiner Grabanlage von mehr als 8000 lebensgroßen Terrakotta-Kriegern samt Waffen und Kampfswagen umgeben lassen und so für das „achte Weltwunder“ gesorgt. Seit nunmehr zwei Jahren ist die Ausstellung der chinesischen Terrakotta-Armee in der Bundesrepublik unterwegs und erweist sich, wo immer sie gezeigt wird, als regelrechter Besucher- und Kassenmagnet. Da verwundert es, dass bei uns nur selten über die Vorteile einer Terrakotta-Bundeswehr nachgedacht wird – obwohl doch die ökonomischen, ökologischen und abrüstungspolitischen Vorteile deutscher Terrakotta-Streitkräfte auf der Hand liegen:

Terrakotta-Bundeswehr

- Die Personalstärke der Truppe könnte – mit hohem Einspareffekt – zugunsten von Ton-Kriegern reduziert werden.
- Regionen, die sich gegen die Auflösung ihrer Bundeswehr-Standorte wehren, könnten mit der Stationierung touristisch attraktiver Terrakotta-Einheiten abgefunden werden – mit Nachrüstungsgarantie.
- Die ausgestellten Terrakotta-Waffensysteme sind absolut reparatur- und wartungsfrei. Es

entstehen keinerlei Folgekosten.

- Durch Patenschaften für ausgewählte Terrakotta-Soldaten könnten Bürger eine innere Beziehung zum Typus des garantiert inoffensiven Demokratie-Schützers aufbauen.
- Schließlich könnte man die Garde-Einheit, die bei der Begrüßung ausländischer Staatsgäste Spalier steht, komplett auf Terrakotta-Krieger umstellen. Unsere Gäste bekämen es mit einer Armee zu tun, die wetterfest und biologisch abbaubar für eine friedliche Präsenz ohne Bedrohungscharakter steht. Als standfestes Symbol unserer wehrhaften Demokratie hätte die Terrakotta-Bundeswehr eine geradezu versöhnliche Ausstrahlung.

Ton-Zivis

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte auf Anfrage, man prüfe unvoreingenommen alles, was zum guten Ton gehöre und Einsparmöglichkeiten eröffne. Auch im Familienministerium wird offenbar der Gedanke an Terrakotta-Billigpersonal nicht rundweg abgelehnt. Unbestätigten Informationen zufolge würde man sich aus Gründen der Dienstgerechtigkeit der Aufstellung von Terrakotta-Zivis nicht verschließen. So sollen Sozialeinrichtungen, die aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen seit mehr als 18 Monaten ohne Zivi auskommen müssen, das Recht erhalten, durch die Aufstellung von Terrakotta-Zivis auf ihre unbesetzten Zivildienstplätze aufmerksam zu machen. Wie

aus dem Bundesamt für den Zivildienst zu erfahren war, soll der Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes demnächst um einen Abschnitt erweitert werden, der die Platzierung von Terrakotta-Zivis und die Gestaltung ihrer Prototypen regelt. Darüber, dass nur die genehmigten Modelle zur Ausführung kommen (u. a. Pflege-, Hausmeister- oder Umwelt-Zivi bis zu einer Maximalgröße von 1,95 m), wachen die Regionalbetreuer im Benehmen mit den Dienststellen.

Auch nach der Abschaffung der Wehrpflicht hätten Terrakotta-Zivis eine nützliche Funktion: Als Anschauungsobjekte zur deutschen Sozialgeschichte könnten sie dazu beitragen, den Zivildienst und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der kollektiven Erinnerung zu verankern. Zugleich wären sie als Werbeträger für freiwilliges soziales Engagement einsetzbar. Der Terrakotta-Zivi der Nach-Wehrpflicht-Ära wird demgemäß über eine integrierte Hörstation verfügen: Auf Knopfdruck informiert er über die Gründe seiner Kriegsdienstverweigerung, berichtet über positive Zivildienst Erfahrungen und betont abschließend: „Heute würde ich ein freiwilliges soziales Jahr leisten.“

Ob von der chinesischen Terrakotta-Armee Ton angegebene Auswirkungen auf die deutsche Militär- und Sozialpolitik ausgehen werden, bleibt abzuwarten. Immerhin: Acht Weltwunder gibt es ja bereits.

zivil-Kunstpreis 2004

Zum sechsten Mal veranstaltet zivil einen Kunstwettbewerb, diesmal in Zusammenarbeit mit der Zivildienstschule Bodelshausen. **Die Teilnahme ist offen für alle!**

WAS kann man gewinnen?

1. Preis: 250.- Euro
2. Preis: 100.- Euro
3. Preis: 75.- Euro
- 4.-10. Preis: je 25.- Euro

WIE lautet das Thema?

Die Themen des Wettbewerbs entsprechen den Themen der Zeitschrift zivil: „Vorrang für eine Kultur der Gewaltfreiheit“, „Soziales Lernen und Hilfe für den Nächsten“, „Miteinander in der Einen Welt“, „Engagement für die bedrohte Schöpfung“.

WAS kann eingereicht werden?

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schnitttechnik, Plastik... (keine Fotografien, keine Videos).
Formate bis 50x70 cm ohne Rahmung, größere bitte mit Rahmen einreichen.
Pro Teilnehmerin und Teilnehmer nicht mehr als drei Werke!
Es steht den Einsenderinnen und Einsendern frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Gedanken, Aphorismen... beizufügen.

WER kann mitmachen?

Alle zivil-Leser und -Leserinnen, die uns ihre Kunstwerke rechtzeitig zuschicken.

WER vergibt die Preise?

Entschieden wird der Wettbewerb durch eine unabhängige Jury, bestehend aus zwei professionellen Künstlern, einem Kunstlehrer/Dozenten und je zwei Vertretern der Zivildienstschule Bodelshausen und der zivil-Redaktion.

WAS passiert mit den Werken?

Die Veranstalter stellen eine Auswahl der Arbeiten zu einer Ausstellung zusammen, die in verschiedenen Zivildienstschulen und sozialen Einrichtungen zu sehen sein wird (Interessenten für diese Ausstellung wenden sich bitte bis 15.3.2004 an die Veranstalter).
zivil erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte und die Rechte für eine nicht-kommerzielle Dia-Serie.
zivil veröffentlicht in Ausgabe 2/04 ein Dossier mit den besten Arbeiten.
Alle Werke werden nach dem Wettbewerb bzw. nach den Ausstellungen, spätestens am 1.12.2004 den Einsenderinnen und Einsendern zurückgeschickt.

WOHIN einsenden?

Ausreichend frankiert an:
Zivildienstschule Bodelshausen, Herrn Dr. Wild,
Ofterdinger Str. 10, 72411 Bodelshausen.
Dort gibt's auch Auskunft bei Fragen: Telefon 07471/958522

WANN ist Einsendeschluss?

4. Juni 2004

WAS ist ausgeschlossen?

Der Rechtsweg.

Copyleft

Mehr als 200 Poster und Grafiken gegen den Irak-Krieg von Künstlern aus aller Welt sind in einem einmaligen Bildband erschienen. Der Clou: Kopieren und Verteilen ist ausdrücklich erwünscht

Besprochen von Werner Schulz

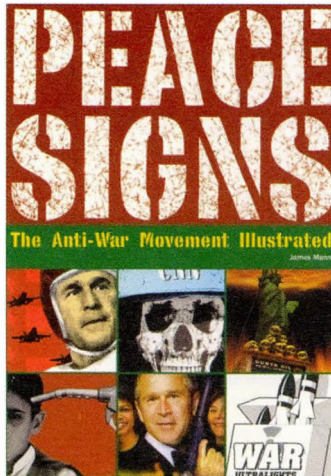
Das Internet war entscheidend für das Zustandekommen der größten Antikriegsdemonstration aller Zeiten, die rund um den Globus am 15. Februar 2003 stattfand. Ohne E-Mail, ohne Newsgroups wäre der weltweit vernetzte Protest der geschätzten 12 Millionen Friedensdemonstranten nicht möglich gewesen. Und dem Internet verdankt auch das 210 Seiten starke Buch „PEACE SIGNS The Anti-War Movement Illustrated“ seine Entstehung. Künstler, Grafiker, Designer und Hobby-Illustratoren nutzten schon im Vorfeld des angekündigten Irak-Feldzuges die Möglichkeiten und Chancen des Internets, um ihre visuellen Anti-Kriegs-Botschaften an die Öffentlichkeit zu bringen. Auf ungezählten Websites stellten sie ihre illustrierten Kriegsabsagen ins Netz.

Die gestalterische Vielfalt, die ins Bild gesetzte Kreativität und nicht zuletzt die enorme Anzahl der angefertigten und online gestellten Arbeiten war ein absolutes Novum. Und alle angebotenen Motive unterlagen nicht dem Copyright, sondern waren „Copyleft“, frei zur Vervielfältigung, solange kein Gewinn damit erwirtschaftet wurde.

Immer neue Websites und Design-Foren kamen hinzu – und die Besucher strömten. Die Website „Wake the World“ zählte auf dem Höhepunkt des Konflikts 80.000 Visitors pro Woche. „Another Poster for Peace“ wurde täglich von 12.000 Menschen angeklickt und innerhalb von drei Monaten wurden allein von dieser Website 75.000 Poster heruntergeladen. Und viele von ihnen tauchten wenig später ausgedruckt und vergrößert auf den weltweiten Antikriegsdemonstrationen auf. Bei der großen Friedenskundgebung am 15. Februar in Barcelona wurde James Mann, der Herausgeber des Bandes „PEACE SIGNS“, auf den Einfallsreichtum der Plakate aufmerksam. Die Idee zum Bildband war geboren.

Das jetzt in der Züricher Edition Olms erschienene Buch ist ein einmaliges Dokument der neuen globalisierten Friedensarbeit. Dieser Bildband ist weit mehr als nur die Illustration und Dokumentation des weltweiten Kriegswiderstands im Jahre 2003. Es ist der sichtbare Beweis dafür, dass die Menschen rund um den Globus weit kreativer sind, als alle militärischen PR-Abteilungen zusammen und dass sie außerdem problemlos in der Lage sind, Kriegspropaganda als solche zu erkennen und zu entlarven. Plakatativ auf den Punkt gebracht, satirisch, bisig, witzig.

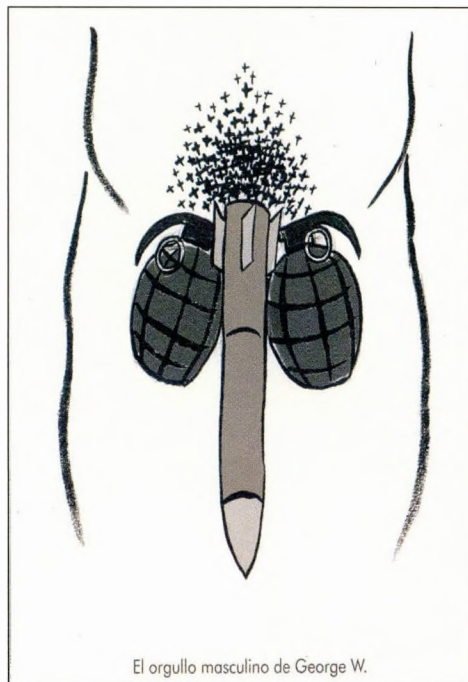
Endlich wieder ein Buch gegen den Krieg, das nicht Angst, sondern Mut macht. 



PEACE SIGNS The Anti-War Movement Illustrated, Hg. von James Mann
Zürich, Edition Olms 2004, 208 Seiten
mit über 230 farbigen Illustrationen,
Texte englisch, deutsch, französisch,
29,95 Euro, ISBN 3-283-00487-0



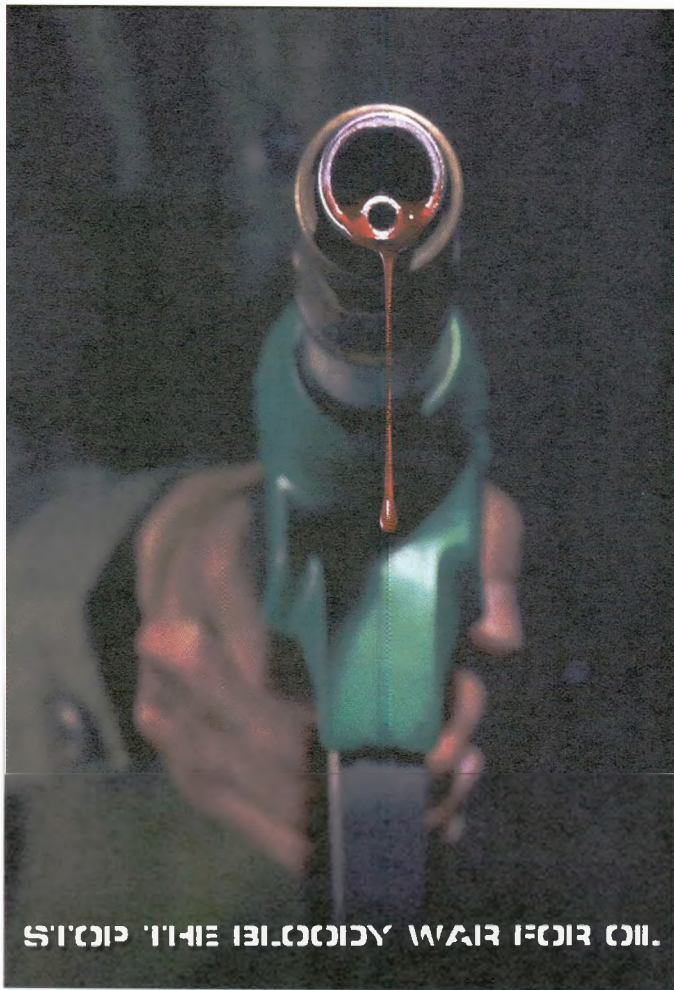
Mark Vallen, USA



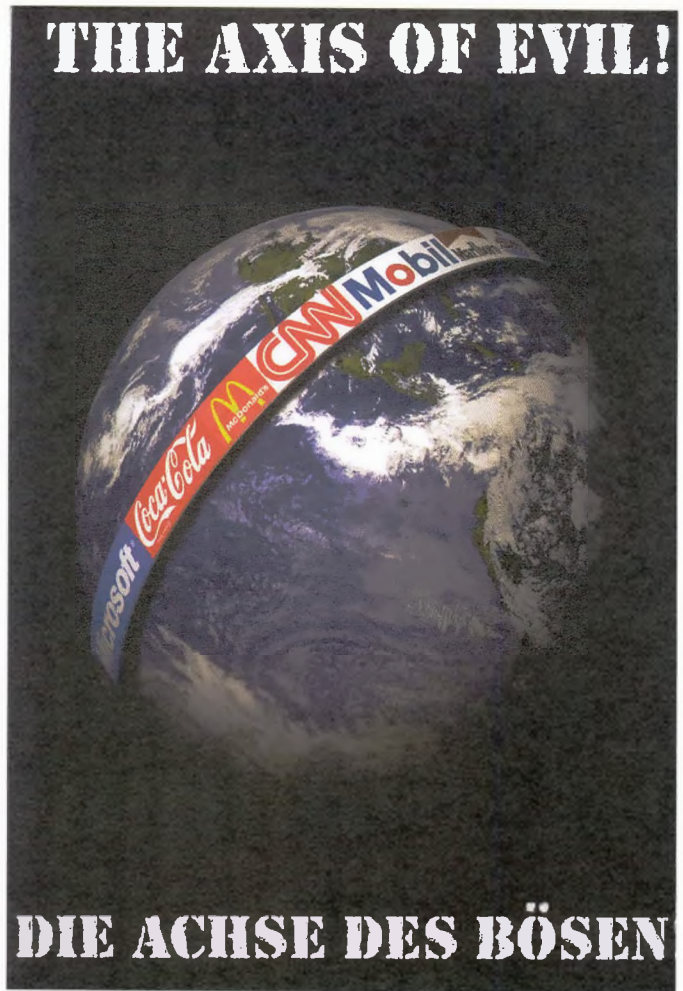
Barbara Steinitz, Deutschland



Moncho, Spanien



Lars Bloechinger, Schweiz



Axel Feuerberg, Deutschland



Leon Kuhn, England



Art Spiegelman, USA

Angst und Hoffnung

Die Briefe und Aufzeichnungen des Prager Christen und Pazifisten Jaroslav Simsa aus seiner jahrelangen Haft, vor allem aus dem Konzentrationslager Dachau, sind ein bewegendes Dokument von menschlicher Bewährung und von Glaubensstärke. Simsa vermag mit einer solchen Souveränität gegenüber den Verhältnissen zu schreiben, mit einer solchen Nüchternheit in der Lagebeurteilung, dass seine Briefe an seine Frau, seine Kinder und andere Angehörige meist eine ansteckende Ruhe ausströmen. Ab und zu zittert die Härte des Erlebens durch die Zeilen hindurch, vor allem aber klingt ein tiefes, immer wieder im Dialog mit den biblischen Texten errungenes, oder besser: erbetetes Gottvertrauen heraus. So stehen diese Dokumente gewichtig an der Seite der Briefe von Dietrich Bonhoeffer aus der Haft.

Simsa, der als Mitbegründer der demokratischen Widerstandsbewegung in Prag 1940 verhaftet wurde, macht in seinen Briefen ein Stück des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime in kirchlichen Kreisen unseres Nachbarlandes zugänglich und bezeugt zugleich die Arbeit an einem erstaunlichen Versöhnungswillen, der Verbrechen und Unmenschlichkeiten in keiner Weise zudeckt. Nicht zuletzt zeigen die Briefe eindrücklich, wie eng die geistig-kulturelle Verbindung zwischen unseren Ländern ist.

Dr. Christoph Demke

Jaroslav Simsa: „Angst und Hoffnung – Briefe, Träume, Ereignisse 1940-1945“

Herausgeber: YMCA in der Tschechischen Republik, Benešov 2003, 250 Seiten, ca. 10 Euro, ISBN 80-86211-32-0

Zu bestellen bei: Verlag Kalich, Ingmannova 9, 11211 Praha 1, E-Mail: kalichkniha@volny.cz

Zwei Seiten einer Medaille

Früher, das wusste man, ging es um Ost gegen West. Heute, das hört man, geht es um Gut gegen Böse. Wie schrieb Javier Solana in der neuen Militärstrategie der Europäischen Union? „Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“

Was hier mit dem „Guten“ gemeint sein könnte und für wen dieses „Gute“ gut sein soll, das steht für die AutorInnen des Buches „Globalisierung und Krieg“ außer Zweifel: Gut ist, so die Analyse, was den westlichen Staaten nützt, was ihrer Macht, ihrem Einfluss und ihrer wirtschaftlichen Ausbreitung dient. Und gut ist auch, was die Menschen des Südens und deren Bedürfnisse in Schach hält – notfalls auch der Krieg. Globalisierung und Krieg, so lautet schonungslos der Befund des Buches, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die westlichen Staaten, allen voran die USA,

hätten längst eine Doktrin des globalen Interventionismus entwickelt, die die Welt in immer neue Kriege zu reißen drohe. Zum einen deshalb, weil Reichtum und Wohlstand der Globalisierungs-Gewinner – unser Wohlstand also – sich nur noch durch Gewalt verteidigen lasse. Zum anderen, weil die in Armut Gehaltene in ihrer Perspektivlosigkeit fast automatisch in Kriege und Bürgerkriege rennen. Je ärmer und je bedeutungsloser die Staaten und Regionen sind, das hat die Weltbank ausgerechnet, desto größer ist das Kriegsrisiko, mit dem sie leben. Oder sterben.

Der Westen lebt. Auf der „neuen Weltkarte“, die die ökonomischen Global Player entstehen lassen, befinden wir uns im Reich der Glückseligen, auf „Inseln des Wohlstands, umgeben von nützlichen Produktionszonen; daneben breiten sich immer mehr weiße Flecken aus, bei denen sich noch nicht einmal die Ausbeutung lohnt und die medial so gut wie nicht existieren.“

Bei aller radikalen und pessimistischen Diagnostik: Die AutorInnen halten „eine andere Welt“ nicht nur für möglich, sondern – vor allem, weil sie an die Menschen im Süden denken – für dringend nötig.

W.Sch.



C.Haydt/T.Pflüger/J.Wagner: „Globalisierung und Krieg“

Hamburg, VSA-Verlag 2003, 100 Seiten, 6,50 Euro, ISBN 3-89965-004-2

Worte für den Frieden

Gedanken, Gebete, Aphorismen rund um das Thema Frieden enthält der Band „Worte für den Frieden“, den Marcus C. Leitschuh zusammengestellt hat. Der Herausgeber, Lehrer für Deutsch und Religion und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, hat Textstellen aus allen Zeitepochen zusammengetragen, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie sich mit dem Frieden befassen. Eine irgendwie geartete Systematik gibt es nicht. Man findet sehr alte Zitate neben ganz neuen Stimmen. Aus dem Altertum etwa wird Herodot (um 450 v. Chr.) zitiert mit seiner Unterscheidung von Krieg und Frieden:

„Friede ist die Zeit,
in welcher die Söhne
ihre Väter begraben.
Und Krieg ist die Zeit,
in welcher die Väter
ihre Söhne begraben.“

Auch manche scharfzüngig-ironische Bemerkung

ist zu finden, wie etwa die von Thomas Mann, der seine Hoffnung auf Friedenspolitik so auf den Punkt brachte:

„Krieg ist nichts anderes als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens.“

Mehrfach – und mit aktuellen Bezügen – kommt Papst Johannes Paul II. zu Wort mit seiner deutlichen Kritik an jeglicher Kriegspolitik:



„Nein zum Krieg! Krieg ist nie ein unvermeidbares Schicksal. Krieg ist immer eine Niederlage der Menschheit... Der Krieg ist nie ein Mittel wie jedes andere, das man nutzen könnte, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationen zu regulieren.“

Mit der Vielfalt der gesammelten Impulse und Denkanstöße belohnt das 160-seitige Buch das Stöbern und Blättern durch so manche interessante Fundstelle. Wer hingegen gezielt ein gutes Wort für den Frieden sucht, der findet nicht unbedingt.

W.Sch.

Marcus C. Leitschuh: „Worte für den Frieden“ Gebete – Gedanken – Gedichte, Kevelaer, Verlag Butzon & Bercker 2003, 160 Seiten, 11,90 Euro, ISBN 3-7666-0532-1

„Frieden stiften – jeden Tag“

Dieses Büchlein ist kein Taschenkalender – auch wenn es mit dem 1. Januar anfängt. Für jeden Tag des Jahres haben sich die Herausgeber – christliche Friedensgruppen und -Organisationen – einen kleinen Text zum Thema „Frieden stiften“ gesucht. Die Liste der Urheber dieser Gedanken und Zitate ist bunt gemischt und reicht von den Evangelisten bis Albert Camus, von Häuptling Seattle bis Willy Brandt. Eine ganze Reihe der Denkanstöße stammt jedoch auch von Autoren, die weniger bekannt sind. Schade, dass der Leser auch nicht eine Zeile über sie erfährt.

W.Sch.

„Frieden stiften – jeden Tag“
365 Gedanken und Anstöße,
mit einem Vorwort von Dorothee Sölle
Herausgegeben von der Basisgemeinschaft
Brot und Rosen,
Fabriciusstraße 56, 22177 Hamburg,
Bestellmöglichkeit: www.frieden-stiften.org



Stillhalten ist tödlich!

Ein Jahr nach Beginn des Irak-Krieges gingen weltweit hunderttausende Menschen auf die Straßen und demonstrierten gegen Krieg als Mittel der Politik



Fotos: arbeiterfotografie.com

Am stärksten waren die Aktionen und Märsche in jenen Ländern, die an der Seite der USA Militäreinheiten im Irak stationiert haben. Spitzenreiter bei den Demos war Rom: mehrere Hunderttausend Menschen beteiligten sich am Marsch durch die Stadt. Auch in der spanischen Hauptstadt gab es Demonstrationen, die noch weithin unter dem Eindruck der Terroranschläge auf Züge in Madrid und der Abwahl der Regierung Aznar standen. Größere Demonstrationen fanden auch in London statt.

Aus den USA wurden Protestaktionen in insgesamt 250 Städten gemeldet, Zehntausende demonstrierten in New York und San Francisco.

In Deutschland fand die größte Anti-Kriegs-Kundgebung unter dem Motto „Stillhalten ist tödlich!“ auf der Zufahrtsstraße zum Militärflughafen Ramstein in der Pfalz statt. Auf dem Fluggelände, das gegenwärtig für 375 Mio. Euro zum zentralen Militärflughafen in Deutschland ausgebaut wird, vermuten Friedensgruppen unterirdisch gelagerte Atomwaffen. Bereits heute ist Ramstein die größte Basis der US-Luftwaffe außerhalb der USA. Rund 2000 Teilnehmer demonstrierten am 20. März gegen atomare Massenvernichtungswaffen.

zivil zitiert Ausschnitte aus einigen Redebeiträgen zum Jahrestag der Irak-Invasion.

W.Sch.

„Atomwaffen sind ein Verbrechen gegen die Menschheit“



Helga Trösken, Pröpstin für Rhein-Main der Evang. Kirche in Hessen und Nassau, Mitglied der Synode der EKD:

„Wir wollen keine atomare Erpressung! Wir wollen die Abschaffung aller Atomwaffen als ersten Schritt.“

Diese Forderung ist nicht neu. Doch bis sie endlich eingelöst ist, werden wir nicht müde zu wiederholen, was aus christlicher, aus ethischer, aus moralischer Sicht dazu zu sagen ist. Und das verbindet Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Weltanschauung und Philosophie.

Der Bau und die Drohung mit Atomwaffen – egal welcher Größe und „Generation“ – ist Sünde gegen Gott, gegen Gottes Geschöpfe und Gottes Schöpfung. Keine kirchliche Tradition enthält eine Theologie oder Lehre, die jemals einen Atomkrieg rechtfertigen könnte. Ob man/frau vom Pazifismus her kommt oder von der Lehre des gerechten Krieges, die totale Zerstörung durch nukleare Waffen ist unannehmbar. Denn auch das ist klar: sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und aus ethischer und theologischer Sicht zu verurteilen. An diesem Verbrechen werden wir alle mitschuldig, wenn wir nicht entschlossen und bedingungslos für ihre allseitige Ächtung und Abschaffung eintreten!

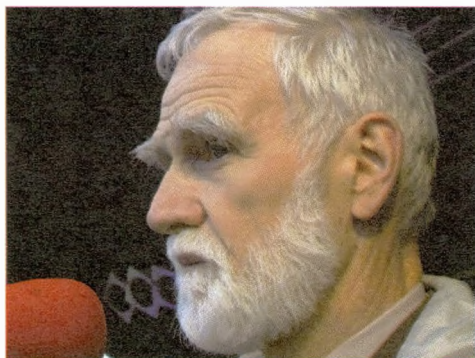
Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf ein weiteres Schweigethema lenken: Im Juli 2003 wurde der Entwurf für eine „Verfassung für Europa“ vorgelegt. Darin steht (Art.1-40): die Mitgliedsstaaten der EU verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern, u. a. durch die Schaffung eines „Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“. Das „Amt für Rüstung“ bekommt Verfassungsrang! Das ist schier unglaublich!

Von einem „Amt für Friedensdienste“ mit Verfassungsrang liest man/frau nichts, obwohl die Verfassung auch eine Verpflichtung der Union zur Förderung des Friedens begründet (Art. 1-3, Abs.1)

Auch hier gilt: Stillhalten ist tödlich. Dazu dürfen wir nicht schweigen.“



„Die Ursachen von Gewalt und Terror abstellen!“



Dr. Mike McCally, USA, Arzt mit Fachrichtung „Public Health“, Professor in New York, Präsident der „Physicians for Social Responsibility“:

„Anstatt die Zahl der Atomwaffen kontinuierlich zu vermindern und schließlich ganz abzubauen, plant die Regierung von Präsident George W. Bush die Entwicklung neuer Nuklearwaffen für den Kampfeinsatz und zum Brechen von Bunkern. Atomwaffen sollen also weiterhin fester Bestandteil der amerikanischen Armee bleiben, um damit „die Freiheit Amerikas verteidigen zu können“. Aus diesen Gründen lagern noch immer Atombomben und Raketen in Deutschland, auch hier in Ramstein!

Wir müssen gegen die Atomwaffenpolitik Amerikas und der NATO sowie Russlands protestieren, wir müssen fordern, dass die internationalen Verträge – wie der Nichtverbreitungsvertrag mit seinem Artikel VI – eingehalten werden, die den Abbau und schließlich die Beseitigung aller Atomwaffen festgelegt haben!

Es muss die Aufgabe der Friedensbewegung sein, der amerikanischen Bevölkerung und somit der amerikanischen Regierung klar zu machen, dass es eine Torheit ist, mit so genannter vorbeugender militärischer Gewalt Politik treiben zu wollen, in einer Welt, die über Atomwaffen verfügt.

Wir müssen die Vorzüge einer multilateralen Außenpolitik und einer gestärkten Organisation der Vereinten Nationen klar machen. Wir müssen auf die Notwendigkeit hinweisen, die Armut in der Welt zu vermindern, für Nahrung und sauberes Wasser für die Zweidrittel der darbedenden Weltbevölkerung zu sorgen, anstatt das Geld für Waffen und Militär auszugeben. Wir müssen über die Ursachen von Gewalt und Terror sprechen und diese abstellen! Nur so haben wir eine Chance, dass Terror verschwindet und Frieden einzieht.“



Fotos: arbeiterfotografie.com

„Die Arbeitsplätze der Kriegsflughäfen dienen dem Tod“



Markus Pflüger, Referent für Friedensarbeit bei der AG Frieden e.V. in Trier:

„Die Belastung für die Anwohner ist enorm, wie folgendes Beispiel verdeutlicht: Allein beim Start eines Kampfflugzeuges werden zirka 500 l Treibstoff verbraucht – das entspricht dem Dieserverbrauch von etwa 30.000 Bussen – die für jeden Flugzeugstart durch die keine zwei Kilometer lange Anwohnergemeinde Binsfeld fahren würden. Es geht aber nicht um Diesel, es geht um das vielfach giftigere und besonders kriegstaugliche NATO-Treibstoffgemisch JP-8 – ungewöhnlich viele Menschen sterben um die Kriegsflughäfen an Krebs – es müssen verrückte Kriegsgegner sein, die dabei Zusammenhänge sehen.

Ramstein ist keine beliebige US-Militärbasis, sondern DAS Zentrum des US-Nachschubs und der Vorbereitung des Irakkriegs in Europa. Ramstein war und ist zusammen mit Spangdahlem Nadelöhr und Nabel der US-Kriege der letzten Jahre.

Die Arbeitsplätze bei den Kriegsflughäfen dienen dem Tod und der Zerstörung. Das Militär verschlingt Unsummen, die unseren Sozialsystemen fehlen. Die Region braucht stattdessen nachhaltige Arbeitsplätze und lebenswerte Wirtschaftskonzepte zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien und Fremdenverkehr. Solche Alternativen gilt es zu entwickeln und zu fördern, statt die Kriegstrommel zu rühren, Anwohner zu enteignen und Steuergelder zu missbrauchen.“





der nuklearen Riesen, von denen noch 35.000 in der Welt gehortet sind. Und wir benehmen uns in der Tat unwürdig, feige und moralisch erniedrigt, wenn wir weiterhin einer Politik gehorchen, die sich mit diesen Horrorwaffen gegen die eigene Friedensunfähigkeit versichern will.

Hier und in Büchel sind insgesamt 65 amerikanische Atombomben vom Typ B61-11 gehortet, von denen jede einzelne über die fünffache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe verfügt, die auf einen Schlag mehr als 200.000 Menschen getötet hat. Damit verstößt die Bundesrepublik gegen den Atomwaffen-Sperrvertrag von 1970, Artikel II, wo es heißt: „Jeder Nichtkernwaffenstaat verpflichtet sich, Kernwaffen von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen.“ Eine Bedrohung außer derjenigen, die von diesen Bomben selbst ausgeht, ist nirgends in Sicht.

Wir veranstalten hier in Ramstein kein Schaulaufen von sektiererischen Friedensprofis. Wir sehen uns vereint mit Millionen in vielen Ländern, die vor einem Jahr verhindern wollten, dass im Irak 10.000 Zivilisten für die Befreiung von einer Weltbedrohung sterben mussten, die dort gar nicht existierte.

Gerade vor wenigen Tagen haben 93 Prozent der befragten Bundesbürger in einer Forsa-Umfrage für eine umgehende Beseitigung der auf deutschem Boden gehorteten Atombomben als ersten Schritt zu einer vollständigen atomaren Abrüstung votiert. Wir verlangen, dass unsere Regierung handelt!“



„Die Bundesregierung verstößt gegen den Atomwaffen-Sperrvertrag“



Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Psychoanalytiker, Psychiater und Sozialphilosoph, Mitbegründer und Ehrenvorstandsmitglied der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in Sozialer Verantwortung, IPPNW:

„Als der Vorsitzende der Stabschefs aller US-Streitkräfte, General Omar Bradley, in Pension ging, verabschiedete er sich mit Worten, die heute als Motto über unserer Veranstaltung stehen könnten:

„Wir leben im Zeitalter der nuklearen Riesen und der ethischen Zwerge, in einer Welt, die Brillanz ohne Weisheit, Macht ohne Gewissen erreicht hat. Wir haben die Geheimnisse des Atoms entschlüsselt und die Lehren der Bergpredigt vergessen. Wir wissen mehr über den Krieg als über den Frieden.“

Heute sind wir zu diesem Ort marschiert, weil er uns in besonderer Weise zwingt, der Wahrheit ins Auge zu sehen, die Bradley mahnend beschreibt. An dieser Stelle liegt ein Teil



„In der Dritten Welt ist jeder Tag ein 11. September“



Dr. Franz Alt, Journalist und TV-Moderator

„Nach jedem Terroranschlag – auch nach dem 11. September – steht eine betroffene Gesellschaft und ihre Regierung vor dieser Frage: Wollen wir in unserer Wut trauern und auch nach den Ursachen fragen oder wollen wir in unserer Trauer nur wüten und Rache üben.“

George W. Bush wollte Rache und er wollte das Öl. Das Ergebnis ist ein noch größeres Chaos und noch mehr Leid als früher. George W. Bush hat letztlich keine Kriege gegen den Terror geführt – seine Kriege haben den Terror

ismus weltweit stärker gemacht als je zuvor. Wer es bis jetzt nicht geglaubt hat oder nicht wusste, dem wurde wieder einmal vorgeführt, dass sich mit Gewalt politische Probleme eben nicht lösen lassen.

Die USA geben zurzeit in 32 Stunden mehr Geld für Kriege und Kriegsvorbereitung aus als die UNO in einem Jahr Geld zur Verfügung hat. So wird Frieden niemals möglich. Die 3000 Toten in New York und die 200 Toten in Madrid waren ein schreckliches Verbrechen. Aber wenn wir dabei übersehen, dass in den Drittweltländern jeden Tag 25.000 Menschen verhungern, dann haben wir aus den Tragödien des 11. September und des 11. März nichts gelernt.

Erst wenn wir endlich Antworten finden auf die Tatsache, dass in der Dritten Welt jeden Tag 11. September ist, erst dann haben wir eine Chance den Terrorismus an der Wurzel zu überwinden. Der Vorschlag des Pazifisten aus Nazareth, Feindesliebe zu lernen, könnte uns einen neuen Weg zum Frieden zeigen. Feindesliebe heißt ja nicht: lass dir alles bieten. Intelligente Feindesliebe heißt aber sehr wohl: Sei klüger als dein Feind!

Frieden kann es niemals geben, wenn die einen Atomwaffen haben und die anderen verhungern. Ohne mehr Gerechtigkeit kommen wir

dem Frieden nicht näher. Deshalb muss Schluss sein mit der atomaren Geiselhaft der ganzen Welt durch die USA und die anderen Atom-mächte. Atomwaffen hatten nie etwas mit effektiver Sicherheit oder Verteidigung zu tun. Heute, in den Zeiten des Terrorismus, sind sie jedoch ein mögliches Angriffsziel von Terroristen, also eher die Ursache von Unsicherheit und Angst.

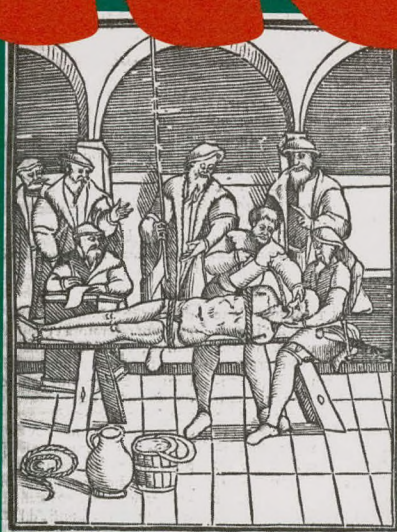
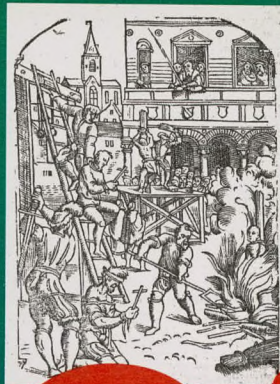
Atombomben, auch die 65 in Ramstein stationierten Atombomben, bringen keine Sicherheit, sie gefährden vielmehr unsere Sicherheit. Die Welt wird erst sicherer, wenn sie atomwaffenfrei ist. Deshalb kann eine Friedensbewegung, die diesen Namen verdient, nur fordern: Alle Atomwaffen auf der ganzen Welt müssen verschrottet werden, und beginnen damit müssen diejenigen, welche die meisten Atombomben besitzen. Es gibt nur einen effektiven Weg zur Abrüstung: wer abrüsten will, muss selber abrüsten.

Voraussetzung für Freiheit und Demokratie ist Gerechtigkeit und Angstfreiheit. Die Welt kann nicht wirklich frei werden, solange die vier reichsten US-amerikanischen Männer über mehr Geld verfügen als die eine Milliarde der Ärmsten. Solange die Armen immer ärmer werden, kann es auch den Reichen nicht wirklich gut gehen.“



Fotos: arbeiterfotografie.com

Folter



Metal-Music, vor allem Songs der Metal-Kult-Band „Metallica“ sollen Angehörige der US-Army benutzt haben, um irakische Gefangene zum Sprechen zu bringen und ihnen etwa das Versteck von Saddam Hussein zu verraten. Stundenlang, so hatte das Magazin „Newsweek“ berichtet, wurden die Irakis in hoher Lautstärke mit Metal-Sounds beschallt, bis sie es nicht mehr aushielten. „Glauben Sie mir, es funktioniert“, wird ein „Befragter“ zitiert, „diese Leute haben noch nie Heavy Metal gehört, sie halten das nicht aus. Wenn du einem das 24 Stunden lang vorspielst, dann beginnen Körper und Gehirn zu versagen, deine Gedanken werden langsamer und dein Wille ist gebrochen. Dann kommen wir rein und reden mit ihnen“. Die Zitate stammen aus der „taz“ vom 27. Juni des vergangenen Jahres.

„Heavy-Metal-Torture“ – Folter auf der Höhe der Zeit? Niemand kann nachprüfen, ob die Geschichte wirklich stimmt. Aber wundern würde sie eben auch niemanden. Im Jahr 56 nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nehmen wir die Folter noch immer hin, als wäre sie ein Naturereignis.

Man zeigt sich weithin zufrieden damit, dass die grausigen Gerätschaften in den Folterkammern der Ritterburgen nicht mehr in Gebrauch sind. Bis ins 18. Jahrhundert galt Folter als selbstverständlicher Bestandteil des strafrechtlichen Verfahrens. Abgeschafft wurde sie in Preußen 1754 unter Friedrich II.

Seither haben die Folterknechte ihr Handwerk nicht verlernt, wohl aber verfeinert. Den Folteropfern von heute, so berichten

Ärzte und Psychologen aus speziellen Behandlungszentren unisono, sieht man die Quälereien, die man an Ihnen beging, nur noch in seltenen Fällen an. (Siehe Interview Seite 20)

Foltermethoden, die keine Spuren hinterlassen, die von keinem Opfer vorgezeigt und von keinem Richter nachgewiesen werden können, liegen weltweit im Trend. Dass der Vizepräsident der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, bei seiner Folterdrohung gegen den Kindesmörder Magnus G. wert darauf legte, dass keine Verletzungen zugefügt werden, sondern „nur“ Schmerzen, passt demnach ins Bild. (Siehe Bericht ab Seite 24) Schmerzen und seelische Verletzungen durch Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt sind in vielen Ländern übliche Foltermethoden, die Angehörige staatlicher Stellen oder Soldaten gegen Frauen anwenden. Und oft wissen die Täter und kalkulieren ein, dass es den Frauen in ihren kulturellen Traditionen noch nicht einmal möglich ist, über ihr erlittenes Schicksal auch nur zu reden, geschweige denn, die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Die häufige Straflosigkeit der Folter ist nach wie vor ein weit verbreitetes Problem, dem Menschenrechtler zum Beispiel auch in der Türkei nur sehr schwer beikommen: Was tun, wenn gerade die Stellen für Recht und Gesetz zuständig sind, die routinemäßig Gesetze unterlaufen? (Siehe Bericht Seite 22)

Nur internationale Solidarität in der Anerkennung der Menschenrechte und unsere eigene Aufmerksamkeit können die Folter wirksam bekämpfen. Die Folter hat einen Todfeind: die internationale Öffentlichkeit!

W.Sch.

Folter – eine unendliche Geschichte

Gewalt und Misshandlung durch staatliche Kräfte sind auch heute ein weltweites Problem

Von Leon Uppena

Das Thema Folter bleibt präsent; vor allem nach den Terroranschlägen vom September 2001 und den Geschehnissen im Fall Daschner dürfte den meisten Bürgern klar sein, dass Folter nicht etwas ist, das spätestens nach dem Ende der Hexenverfolgungen im 17. Jahrhundert Vergangenheit ist. (Zur Erinnerung: der Frankfurter Polizeivizepräsident Daschner beauftragte einen Polizeibeamten, einem Verdächtigen Gewalt anzudrohen, um den Aufenthaltsort eines entführten Jungen zu erfahren. zivil berichtet ab Seite 24.)

Standen in den letzten Jahren andere Menschenrechtsverletzungen eher im Vordergrund, so hat dieses Thema im Augenblick eine Aktualität erreicht, die ein ungutes Gefühl hinterlässt. Das Perfide an der Diskussion um Folter ist, dass vielen Menschen nicht klar ist, was Folter für Folgen hat. Folgen nicht nur für den Betroffenen selber, das Folteropfer, sondern auch für die Angehörigen, ja die gesamte übrige Gesellschaft. Folter richtet – schon mit dem ersten Schlag. Der Gefolterte kann die körperlichen Folgen der Folter überwinden, das Geschehene wird ihn aber sein Leben lang verfolgen. „Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt.“ (Jean Améry) Auch die Gesellschaft nimmt Schaden durch Folter. Sie verliert das Vertrauen in den Staat und in die Menschlichkeit.

Meldungen über Misshandlungen aus Deutschland

Wie aber ist international gesehen die Situation „Folter“? Im Jahresbericht 2003 nennt amnesty international 106 Länder, in denen es zu Folter oder Misshandlungen durch staatliche Kräfte kommt. 106 Länder: das sind mehr als 55 % aller Staaten, die Mitglied der UNO sind! Unter den Staaten, aus denen amnesty über Folter und Misshandlungen berichtet, sind nicht nur die, von denen man es sowieso annimmt, sondern auch eine ganze Reihe von Ländern, bei denen so eine Meldung überraschend klingt: Japan, Südafrika, die Türkei sind Länder, aus denen über Folter berichtet wurde, während Frankreich, Belgien, Österreich, Deutschland und sogar die Schweiz in der Liste der Länder auftauchen, aus denen Misshandlungen gemeldet wurden!

Als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 haben viele Regierungen nur allzu bereitwillig Gesetze geändert im „Kampf gegen den Terrorismus“, dabei aber oftmals bedenkenlos Prinzipien und Standards internationaler Menschenrechte über Bord geworfen.

Folter und Misshandlungen auf Guantanamo

So werden von den USA noch immer, seit nunmehr zweieinhalb Jahren, mehr als 600 gefangen genommene Personen auf Guantanamo festgehalten, ohne Anklage und ohne rechtlichen Beistand. Einige der inzwischen freigelassenen britischen Häftlinge berichteten über Folterungen und Misshandlungen während der Haft, die schon für sich alleine gesehen eine Menschenrechtsverletzung ist. Andere Gefangene wurden von den USA in andere Länder überstellt, in denen Folterungen und Misshandlungen zum Alltag zählen.

amnesty international berichtet von Folterungen und Misshandlungen auf dem amerikanischen Kontinent aus 20 Ländern,

darunter Brasilien, Chile und Argentinien. In Mexiko sind Folterungen in Haft alltägliche Praxis. Die Situation für die Betroffenen wird noch dadurch verschlimmert, dass es für Folteropfer unmöglich ist, Recht zu bekommen, während die Folterer unbestraft ihrer „Tätigkeit“ nachgehen können.

Der Fall der Brüder Enrique und Adrian Aranda Ochoa verdeutlicht diese Praxis: die beiden Männer wurden im Juni 1996 verhaftet und legten unter Folter ein Geständnis ab. Auf Grund dieses Geständnisses wurden die beiden zu je 50 Jahren Haft verurteilt. Mehr als sechs Jahre nach diesem Urteil warten die Brüder weiterhin auf die Entscheidung in ihrer Berufungsverhandlung, während einer der beteiligten Polizisten trotz Verurteilung noch immer nicht in Haft ist.

Im Gegensatz zu den Ländern, in denen staatliche Stellen selber foltern, geht Kanada einen anderen Weg. Dort werden Gefangene, die der Unterstützung islamistischer Gruppen verdächtigt werden, in Länder ausgewiesen, in denen sie in Gefahr sind, Opfer von Folterungen zu werden.

Die Folterer kommen ohne Strafe davon

Auf dem afrikanischen Kontinent sind Menschenrechtsverletzungen seit Jahren tägliche Praxis. Verschwinden lassen, Inhaftierungen ohne Anklage, Todesstrafe sind weit verbreitet in vielen Ländern des Kontinents. Aus 21 Ländern, darunter Angola, Tschad, Kamerun, aber auch Südafrika gibt es Berichte über Folterungen und Misshandlungen. In Simbabwe hat sich der Kreislauf aus Schikaniierungen, willkürlicher Inhaftierung, Festnahme und Folter von Menschenrechtlern und Oppositionellen massiv verstärkt. Auch wenn einige Inhaftierte inzwischen wieder entlassen wurden, verbleiben die meisten in Haft, und bei vielen ist der Aufenthaltsort unbekannt.

Im Mittleren Osten und Nordafrika stehen 18 Länder auf der Liste der Staaten, in denen es zu Folter und Misshandlungen gekommen ist. In Algerien sind Folterungen weit verbreitet, vor allem während geheimer Haft. Weiterhin ist Straflosigkeit die Regel bei Menschenrechtsverletzungen, was bedeutet, dass Tausende von Opfern noch immer vergeblich auf ihr Recht warten.

Im Iran wurden Studenten, Akademiker, Journalisten, aber auch eine Reihe von Anwälten alleine auf Grund von vagen Verdächtigungen verhaftet. Sie alle sind in Gefahr, in der Haft misshandelt oder gefoltert zu werden. Unabhängige Untersuchungen derartiger Vorfälle allerdings finden nicht statt. Auch in Jordanien gibt es Berichte über Folterungen von Verdächtigen, die nach Demonstrationen verhaftet worden waren.

In der Folge des Irak-Konflikts und mit dem „Kampf gegen den Terrorismus“ kam es in vielen Ländern zu verstärktem Einsatz von Gewalt bei Polizeieinsätzen. So wurden in Ägypten hunderte Kriegsgegner verhaftet, viele von ihnen während der Haft gefoltert. Ähnliche Berichte gibt es aus Tunesien und Marokko.

Europa: Folter und Gewalt gegen Minderheiten

Auch in Asien und im Pazifikraum gehören Folter und Misshandlungen in 20 Ländern „zur Tagesordnung“, darunter nicht nur China, beide Korea, Japan, Kambodscha und Indonesien, sondern sogar auch Australien. In China wurde die Kampagne „strike hard“ für ein weiteres Jahr verlängert, was zu einer Zunahme von



Das Gefangenenlager Guantanamo der US-Regierung auf der Insel Kuba: Mehr als 600 Gefangene aus etwa 40 Ländern, die angeblich der Al-Qaida angehören, wurden hier menschenrechtswidrig inhaftiert. Der jüngste war 12, der älteste 70 Jahre alt. Einige der Kinder wurden inzwischen freigelassen.

Todesstrafen und hohen Gefängnisstrafen führte, oftmals nach unfairen Verhandlungen und Geständnissen, die unter Folter erpresst wurden.

Auf den Fidschi-Inseln kam es nach der Niederschlagung einer Meuterei im Militärhauptquartier in Suva durch Schläge zu Todesfällen und schweren Verletzungen. Während die Meuterer zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt wurden, gab es für diejenigen, die an den Misshandlungen der Gefangenen beteiligt waren, noch nicht einmal Verhaftungen oder Gerichtsverhandlungen.

In Europa und Zentralasien sind es 27 Länder, die von amnesty international in Zusammenhang mit Folter und Misshandlungen erwähnt werden. In Spanien berichten Kinder, überwiegend marokkanischer Herkunft, die ohne Begleitung in Lagern untergebracht sind, von sexuellen Übergriffen, während andere Immigranten von Folterungen und Misshandlungen durch Polizeikräfte und Mitglieder der Zivilgarde berichten. Im Februar 2003 veröffentlichte amnesty international einen Report über die Türkei über sexuelle Gewalt gegen Frauen in Haft, vor allem gegen Frauen kurdischer Abstammung sowie Frauen mit abweichenden politischen Überzeugungen.

Ebenfalls im Februar 2003 wurde bekannt, dass der Vizepolizeipräsident in Frankfurt/Main einen Polizisten aufgefordert hatte, einem Verdächtigen Gewalt anzudrohen, um Informationen über den Aufenthaltsort eines verschleppten Jungen zu erlangen – der Fall Daschner.

Damit schließt sich quasi der Kreis. Folter ist globale, grausame und weit verbreitete Praxis und Wirklichkeit. Folter entmenslicht beide, das Opfer genauso wie den Täter. Die Folgen von Folter gehen über das unmittelbare Trauma und Leiden des Gefolterten hinaus. Jeder Fall von Folter schwächt die Grundwerte und die Solidarität, die eine Gesellschaft zusammenhalten.

Dabei ist Folter für eine Gesellschaft kein unabwendbares

Schicksal: In fast jedem Staat stehen Folter und Misshandlungen unter Strafandrohung! Was fehlt, vor allem nach den Ereignissen vom September 2001, ist der Wille der Verantwortlichen, die schon vorhandenen Gesetze konsequent einzuhalten und umzusetzen.

Aufgabe eines jeden sollte es sein, für die Abschaffung von Folter zu kämpfen, nicht nur um des einzelnen Gefolterten willen, sondern auch und vor allem wegen der Folgen, die Folter für jeden mit sich bringt. Möglichkeiten, sich zu engagieren, gegen Folter und andere Menschenrechtsverletzungen einzutreten, bieten Organisationen wie amnesty international. Wichtig ist jedoch auch, einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, welche Folgen Folter hat, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was Folter anrichtet – für jeden in der Gesellschaft. Die Reaktionen auf den Fall Daschner allerdings zeigen, dass noch ein weiter Weg vor uns liegt.

Der Autor ist Mitarbeiter in der Sektionskoordinationsgruppe „Gegen die Folter“ von amnesty international

Gewalt von US-Truppen in Afghanistan

Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ wirft den US-Streitkräften in Afghanistan vor, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen. Es sei wiederholt zu willkürlichen Verhaftungen von Zivilisten, zu unangemessenem Einsatz militärischer Gewalt und Misshandlungen von Gefangenen gekommen, hieß es in dem Bericht Anfang März 2004.

Nach Berichten von ehemaligen Häftlingen in US-eigenen Strafanstalten seien diese von US-Soldaten verprügelt worden. Außerdem habe man Häftlinge mit kaltem Wasser übergossen und bei eisiger Kälte im Freien gelassen.

www.hrw.org

„Vergessen kannst Du das nicht“

zivil-Interview mit Dr. Uta Klee vom Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm



zivil: Frau Dr. Klee, mit welchen Folterfolgen und -verletzungen werden Sie bei Ihrer Arbeit konfrontiert?

Dr. Klee: Am häufigsten haben wir es mit den Spätfolgen von Folterungen zu tun, und das sind fast ausschließlich psychische Folgen. Körperliche Folgen von Folterungen sehen wir auch – aber seltener. Das hängt auch damit zusammen, dass man in der heutigen Zeit versucht, die Folterfolgen nicht mehr sichtbar werden zu lassen. Wir kennen alle die Foltergeräte aus den Burgkammern und dergleichen... das ist heute anders geworden. Man foltert sehr oft psychisch und man foltert so, dass keine sichtbaren Schäden bleiben.

Die körperlichen Folgen sind meist verschwunden – aber die seelischen Folgen, die bleiben lebenslang. Man nennt das „Traumatisierung“. Der Begriff stammt ursprünglich aus der Chirurgie und meinte „Beschädigung“ von Körperteilen. Es gibt aber auch eine seelische Beschädigung, „seelische Traumatisierung“.

zivil: Auf welchen Wegen kommen diese verletzten Menschen zu Ihnen ins Behandlungszentrum?

Dr. Klee: Die Menschen, die wir behandeln, sind Flüchtlinge, die ganz häufig zum ersten Mal in den Lagern, in den Gemeinschaftsunterkünften auffällig werden. Sie fallen Sozialbetreuern auf oder auch Mitbewohnern: Sie haben sich verändert, klagen über Schlafstörungen, berichten von Albträumen, suchen die Einsamkeit, sind schnell erregbar, werden aggressiv... eine ganze Palette von Symptomen, die jedenfalls auffallen. Und ich rate den Sozialbetreuern immer, in solchen Fällen auch nachzufragen: Waren Sie in Haft in Ihrem Herkunftsland? Wenn ja: Sind Sie misshandelt worden? Und wenn da ein positives Signal kommt, dann sollte man weiter dranbleiben. Und dann kann man diese Menschen auch zu uns vermitteln.

zivil: In welchen Schritten gehen Sie bei der Behandlung vor?

Dr. Klee: Wir führen zunächst eine psychische Diagnostik durch, die sehr genau erfolgen muss: Was hat derjenige erlebt? Das muss man allmählich mit dem Betroffenen erarbeiten.

zivil: Wer derartig schlimme Dinge wie Folter hinter sich hat, der will das doch ganz einfach vergessen, für immer vergessen und nie wieder daran denken.

Dr. Klee: Da haben Sie vollkommen Recht. Viele Folteropfer tun so, als wäre nie etwas gewesen. Aber dann kommt irgendein Ereignis, das den ersten Einschnitt bringt – oft ist es zum Beispiel die Ablehnung des Asylgesuchs – und dann bricht alles zusammen, was man bis dahin versucht hat zu verdrängen.

Oft ist es auch ein Ereignis aus der Heimat, irgendetwas passiert zuhause und dann setzen sich die eigenen Erinnerungen

wieder in Gang und kommen hervor – und plötzlich geht es dem betreffenden psychisch sehr schlecht. Das geht im Extremfall bis zum Suizidversuch.

zivil: Haben Sie diesen Extremfall schon erlebt?

Dr. Klee: Berichte von Suizidversuchen und psychischen Zusammenbrüchen erleben wir ja laufend. Die Klienten, die wir in unserer Begleitung haben, sind fast alle noch im Asylverfahren. Und dann kommen sie mit dem Bescheid: „Die Abschiebung wird angedroht... oder steht konkret bevor...“ – das ist die Situation, die wir mindestens einmal am Tag hier erleben.

zivil: Dann kommt die Angst auf, wieder in die bedrohliche Gefahrensituation zurück zu müssen.

Dr. Klee: Die Ablehnung schafft eine Rekonfrontation mit dem, was ich erlebt habe. Nachdem ich gehofft habe, man erkennt meine Lage an und versteht das, kommt da plötzlich ein Bescheid, in dem vielleicht drinsteht: Der ist unglaubwürdig. Das ist das Schlimmste, was man einem Gewalt- oder Folteropfer antun kann: Dass man seine Glaubwürdigkeit in Zweifel zieht. Das sagen die immer wieder.

Die meisten Täter stammen aus der Polizei

zivil: Was verraten Ihnen die Menschen über die Hintergründe der Folterungen?

Dr. Klee: Die Mehrzahl derer, die uns um Hilfe bitten, stammt aus der Türkei. (Siehe Kasten) Und dort gibt es den Konflikt mit den Kurden, der in letzter Zeit sich wieder verschärft hat. Das sind meistens Menschen, die in irgendeiner Form die Guerillabewegung unterstützen oder auch in verbotenen Parteien Mitglied sind. Und dann geraten sie irgendwann in die Mühlen der Sicherheitskräfte, werden beobachtet und schließlich auf die Polizeistationen mitgenommen. Und wenn in der Türkei jemand auf die Polizeistation mitgenommen wird, dann wird er auch misshandelt – das ist so gut wie sicher. Ganz besonders dann, wenn Frauen mitgenommen werden. Und wenn Frauen berichten, sie seien geschlagen worden, dann muss man immer nachfragen: Hat man mehr gemacht, hat man sie eventuell sexuell misshandelt. Da brauchen die Frauen oft sehr lange, bis sie überhaupt in der Lage sind, da etwas zu erzählen.

zivil: Die Täter sind also meist Angehörige der Polizei?

Dr. Klee: Ja, in aller Regel. Wenn gefoltert wird, vor allem gilt das für die Türkei, dann im Polizeigewahrsam, wo man also noch nicht in Haft ist, vielleicht auch nie hinkommt. Ist man verurteilt durch ein Gericht und kommt in Haft, dann wird in der Regel nicht mehr gefoltert.

zivil: Man hört immer wieder, dass Menschen auch von Angehörigen des Militärs gefoltert werden.

Dr. Klee: Das ist ja oft sehr gemischt, auch in der Türkei, die ja nach wie vor fast ein Militärstaat ist. Das Militär redet überall mit, nach wie vor.

zivil: Hatten Sie auch mit Männern zu tun, die wegen ihrer Ablehnung des Militärs misshandelt wurden?

Dr. Klee: Das hat jetzt etwas nachgelassen, aber noch vor wenigen Jahren hatten wir sehr häufig mit Deserteuren aus der Türkei zu tun – ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es ja dort nicht. Viele Kurden sind desertiert, weil sie besonders übel in der Armee behandelt und oft auch als Wehrpflichtige schwerstens misshandelt wurden. Das hat aber nachgelassen. Und Desertion ist ja auch kein Asylgrund.

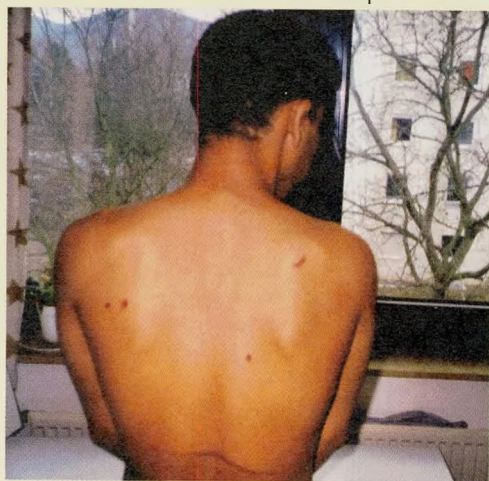
zivil: In welcher Form können Sie denn als Ärztin und Therapeutin den Menschen helfen? Sie können ja nichts ungeschehen machen.

Dr. Klee: Nein, ungeschehen machen können wir nichts. Oft kommt jemand und sagt: „Helfen Sie mir, dass ich die Sache möglichst schnell vergesse!“ Da muss ich ehrlich sein und sagen: Vergessen kannst du das nicht, was du erlebt hast. Das bleibt zeitlebens in deinem Gedächtnis verhaftet. Aber was man erreichen kann und unterstützen kann, ist das, was man landläufig die „Verarbeitung“ des Traumas nennt. Das heißt, dass ich es schaffe, mir das Trauma vor Augen zu führen und es zu akzeptieren als einen Bestandteil meines Lebens.

In der Anfangsphase der Therapie geht es dem Klienten jedes Mal schlecht, wenn ich auf das Trauma zu sprechen komme. Dann durchlebt es das alles wieder, mit allen körperlichen Schmerzen... und das ist sehr belastend.

zivil: Sie vergeben also keine Tipps, wie man besser vergessen kann...

Dr. Klee: ...nein, wie man lernen kann, besser damit zu leben. Das kann dann Jahrzehnte gut gehen – und irgendwann kommt ein Ereignis, das sehr bewegt und belastet, und dann kommt das Alte alles wieder hoch. Das kommt sehr oft im Alter vor, wie wir ja auch aus der Arbeit mit Holocaust-Opfern wissen.



Folteropfer aus dem Sudan. Der Mann suchte Hilfe im Karlsruher Behandlungszentrum. Foto: Klee

Folteropfer haben das Vertrauen in die Welt verloren

zivil: Medikamente vergeben Sie nicht?

Dr. Klee: Wir nicht, das kann aber der mitbehandelnde Psychiater tun. Grundsätzlich gilt: Man muss nicht unbedingt medikamentös behandeln. Nur wenn etwa Schlafstörungen so schlimm sind, dass derjenige überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommt, dann kann das Medikament sinnvoll sein. Genauso, was häufig der Fall ist, wenn Menschen in eine Depression verfallen.

Die Therapie der so genannten „posttraumatischen Belastungsstörung“ umfasst grundsätzlich drei Phasen: In der ersten Phase versuchen wir, eine Stabilisierung zu erreichen, indem wir zum Beispiel am Selbstwertgefühl arbeiten: eigene Schritte wieder tun, Vertrauen in die Umwelt gewinnen. Das ist sehr schwierig. Folteropfer haben das Vertrauen in die Welt verloren. Die sagen höchstens: Ihnen kann ich noch vertrauen, und meinem Ehepartner, aber dann ist schon Schluss. Und wenn dann noch eine Abschiebung droht, dann bricht oft alles wieder zusammen, was man therapeutisch aufgebaut hatte.

In der zweiten Phase kann man damit beginnen, das Trauma wirklich zu bearbeiten. Dafür gibt es verschiedene Methoden, die ein schrittweises Konfrontieren mit dem traumatischen Geschehen beinhalten. Man fängt an: Wie war das bei der Verhaftung? Wie war das im Gefängnis? ...und wenn derjenige „Stopp!“ sagt, dann muss man darauf eingehen. So kann man schrittweise vorgehen. Wir arbeiten auch „Ressourcen-orientiert“, das heißt, wir fragen: Was hast du früher gemacht, wenn es dir schlecht ging, was hat dir geholfen? Und so kommt man dann zum Beispiel auf Maltherapie, Körpertherapie und so weiter. Alles geht behutsam, das kann Jahre gehen.

In der dritten Stufe geht es dann darum: Wie integriere ich die Erfahrungen in meine eigene Lebensleitlinie? Was hat das Erlebte mit mir gemacht?

Heute Früh zum Beispiel war eine Frau aus Tschetschenien da, die hat ihre ganze Familie verloren, Ehemann und drei Kinder. Und neulich hatte sie ausgeholfen beim Dolmetschen, das hat ihr so gut getan, dass sie das geschafft hat, dass sie das weitermachen will und versuchen will, als Dolmetscherin zu arbeiten. Das ist ein positives Beispiel – aber es gibt auch negative, Abgleiten in Sucht, in Alkohol und Drogen.

zivil: Wie finanzieren Sie die Arbeit des Behandlungszentrums?

Dr. Klee: Die Behandlungszentren müssen sich mehr oder weniger aus sich selbst heraus finanzieren. Eine staatliche Basisfinanzierung gibt es nicht. Die Finanzierung besteht aus Spenden, oft unter Beteiligung der Kirchen und ihrer Sozialwerke, und durch EU-Förderung.

Wir sind hier vier Ärztinnen mit einer Ehrenamtlichen und arbeiten als Honorarkräfte, d.h. wir bekommen je nach Finanzlage des Zentrums „sporadisch“ unser Geld und es fließt natürlich viel Ehrenamtlichkeit ein. Wir alle vier sind Frauen, die Männer im Beruf haben und die unsere Arbeit mittragen. Davon leben könnten wir nicht.

Mit Dr. Uta Klee sprach Werner Schulz

Behandlungszentren für Folteropfer

Während in vielen Ländern der westlichen Welt schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg Zentren zur Behandlung von Folterüberlebenden gegründet wurden, entstanden in Deutschland erst in den 1980er Jahren die ersten Behandlungszentren für traumatisierte Flüchtlinge. Sie gingen zurück auf private Initiativen, genau wie das erste Behandlungszentrum für Folteropfer, das 1992 in Berlin von engagierten Ärzten gegründet wurde. Inzwischen sind weitere Zentren im gesamten Bundesgebiet entstanden. Staatliche Reha-Zentren für Folteropfer gibt es in Deutschland nicht.

Dr. Uta Klee ist Mitarbeiterin des Behandlungszentrums Ulm und dort Leiterin der Außenstelle Karlsruhe. In Karlsruhe befindet sich auch Baden-Württembergs zentrale Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge. Allein im Jahr 2003 wurden durch die Nebenstelle Karlsruhe 194 Klienten betreut, 82 Männer und 112 Frauen.

Die behandelten Menschen stammen aus folgenden Ländern:

Türkei 68	Tschetschenien 7	Syrien 1
Bosnien 39	Sri Lanka 3	Algerien 1
Kosovo 38	Kamerun 5	Nigeria 1
Jugoslawien 3	Liberia 4	Georgien 1
Roma aus Kosovo 7	Togo 1	Russische
Iran 13	Sudan 1	Föderation 1
Irak 1	Palästina 1	

Hoffnung in der Türkei:

Der Kampf gegen die Folter geht weiter

Die Lage der Menschenrechte in der Türkei hat sich deutlich verbessert – aber noch ist die Folter Realität

Von Osman Murat Ülke



Foto: dpa

Folterbilder von türkischen Häftlingen: Aktivisten einer türkischen Menschenrechtsorganisation protestierten am 17. Juli 2000 in Izmir gegen Folterungen in Gefängnissen, indem sie selbst aufgenommene Fotos von einigen Opfern der Öffentlichkeit zeigten.

Folter stellt ein strukturelles Problem der Türkei dar. Sie schien bis vor ein paar Jahren ein zeitloses, umfassendes und felsenfestes Attribut des Landes zu sein. Diese Wahrnehmung scheint sich nun zu ändern. Aber die Antwort auf die Frage, ob Folter als systematisches Instrument zur Staats- und Ordnungserhaltung tatsächlich ausgedient hat, bleibt vorerst offen. Wie tiefgreifend sind die rechtlichen Reformen der letzten Jahre? Wie stehen Bürokratie, Regierung und Öffentlichkeit zu Folter?

Mit den Wahlen vom 3. November 2002 hat sich das politische Klima in der Türkei grundlegend geändert. Sowohl die Drei-Parteien-Koalition, als auch ihre gesamte Opposition waren damals unter der 10-%-Hürde gelandet und aus dem Blick- und Aktionsfeld der parlamentarischen Politik ausgeschieden. Nur zwei Parteien gelangten ins Parlament: Die erstmals antretende AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi – Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) mit 34,28 % und die bei den vorigen Wahlen an der 10-%-Hürde gescheiterte CHP mit 19,39%. Somit ergaben sich für die neue AKP-Regierung neue Chancen, um Handlungsfreiräume gegenüber Armee und Bürokratie auszubauen: Es erfolgte eine mit Nachdruck weitergeführte Politik der Neoliberalisierung im ökonomischen Bereich und eine an die Hoffnung auf EU-Mitgliedschaft gekoppelte allgemeine Demokratisierung des politischen Rahmens.

Widersprüchliche Bestimmungen

Die Bekämpfung der Folter stellt ohne Zweifel einen der Schlüsselbereiche der Demokratisierungsbemühungen dar. Die AKP führte vor allem die unter der Drei-Parteien-Koalition im Rahmen des Kopenhagener Prozesses zur Aufnahme der Mitgliedsverhandlungen mit der EU in Gang gesetzte Serie der Reformpakete fort. Mit dem vierten Reformpaket (Januar 2003) wurde die Möglichkeit, Haftstrafen von Folterern zurückzustellen oder in Geldstrafen umzuwandeln, aufgehoben. Das siebte Reformpaket (Juli 2003) erklärte Folterprozesse für vorrangig gegenüber anderen Prozessen.

Doch wie immer wieder betont wird, kommt es auf die Anwendung der Gesetze an. Die Ausführungsbestimmungen der entsprechenden Gesetze werden meist nur sehr verspätet erstellt, unzureichend bekannt gemacht und nicht aufeinander abgestimmt. So stehen Staatsanwaltschaften und Polizeiwachen oft vor der Wahl zwischen zwei bis drei verschiedenen und sich widersprechenden Vorschriften. Dies wiederum erweitert reaktionären Kadern den Spielraum für willkürliche Praktiken.

Die Macht der Regierung über die Bürokratie, insbesondere über Strafvollzug, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei ist begrenzt, denn noch immer fällt diesen Institutionen eine Rolle zu, die die Aufgabe der immerwährenden Wachsamkeit für „das Fortbestehen des Staates“ beinhaltet. Bisher hat sich die Regierung an traditionelle Methoden der Konfliktaustragung inner-

halb des Staates gehalten, d.h. diesen Widerständen Nachsicht entgegengebracht und Streitigkeiten hinter den Kulissen erledigt.

Ein wichtiges Beispiel für den staatlichen Widerstand gegen die Bekämpfung von Folter ist die de facto bestehende Straffreiheit für Folterer, denn: Jede einzelne Phase eines Folterprozesses bietet den Folterern und ihren unerklärten Unterstützern in der Justiz neue Möglichkeiten den Prozess zu vereiteln. Ermittlungen gegen Folterer werden entweder gar nicht eröffnet oder ergebnislos eingestellt. Falls es doch zur Eröffnung eines Verfahrens kommen sollte, sind die Angeklagten jahrelang nicht auffindbar, obwohl sie meist ihren aktiven Dienst als Polizisten fortführen. Die Anwälte werden oft ausgewechselt und schinden dadurch wiederholt Zeit, weil sie sich erst in die Akten „einarbeiten“ müssen. Nach siebeneinhalb Jahren besteht dann die Gefahr, dass der Prozess wegen Verjährung eingestellt wird.

Immerhin, die Akteure der systemimmanenten Folter befinden sich in der Defensive. Bedeutet dies aber schon, dass Foltererraten rückläufig sind?

Verfeinerte Methoden

Der Jahresbericht des Menschenrechtsvereins (IHD) für 2003 fasst unter anderem die statistische Entwicklung der letzten fünf Jahre zusammen. Demnach konnte der Verein in den Jahren 1999 und 2000, je 594 Folterfälle feststellen. Die Zahl stieg in 2001 und 2002 auf 862, bzw. 876 an und erlangte 2003 einen Höhepunkt von 1391. Diese Steigerung erklärt sich der IHD mit einem wachsenden Rechtsbewusstsein der Bevölkerung und nicht unbedingt mit einem Anstieg von konkreten Folterfällen. Doch eine Abnahme kann auch noch nicht beobachtet werden. Ebenso steigt die Zahl der Antragssteller auf Folterbehandlung und -rehabilitation bei der Türkischen Menschenrechtsstiftung (TIHV) weiter an.

Das Izmirer Zentrum der TIHV stellt außerdem seit ca. zehn Jahren einen Wandel in den Foltermethoden fest. Augenfällige Methoden wie die „Bastonade“ oder direkte Prügel werden seltener angewandt, weil es eben eine Stiftung gibt, die diese Methoden belegt. Die Stiftung zwingt die Polizei sozusagen dazu, ihre Foltermethoden zu verfeinern, indem sie fortgeschrittene Beweismethoden wie Knochenszintigraphie anwendet.

Allerdings erscheinen diese Befunde angesichts einer wichtigen Entwicklung der letzten zwei Jahre in einem gänzlich neuen Licht. Nachdem Ende 2001 in der Izmirer Anwaltskammer eine Arbeitsgruppe zur Verhinderung von Folter gegründet wurde, die Gefolterten direkte Rechtshilfe zur Verfügung stellt, hat sich beim Izmirer Zentrum der TIHV der Anteil von AntragstellerInnen, die nicht im politischen Zusammenhang, sondern wegen „einfachen Straftaten“ gefoltert wurden, erheblich erhöht. Dies zeigt, dass sich Wege und Mittel der „Sicherheitskräfte“ bislang nur punktuell und durch organisierte Bekämpfung an der Basis wandeln und noch nicht unter entscheidendem Reformdruck stehen.

Neue Opfergruppen

Folter wird oft fälschlicherweise nur mit politischen Oppositionellen assoziiert. Das obige Beispiel weist darauf hin, dass andere Gruppierungen genauso, wenn nicht noch mehr bedroht sind. Folterfälle wegen simpler Verkehrsdelikte oder aus ähnlichen Anlässen lassen sogar einen Rückschluss auf eine allgemeine Gefährdung zu. Doch am deutlichsten sind ökonomische und gesellschaftliche Randgruppen, die in Slums leben – wie z.B. Kriegsflüchtlinge aus den kurdischen Provinzen – von kon-

stanter Foltergefahr betroffen. Eine Verbesserung dieser Situation bedarf mehr als normativer gesetzlicher Regelungen.

Die allmähliche Verlagerung der Folterpraxis hin zu Minderheiten und Randgruppen reduziert die Sichtbarkeit des Problems und bringt auch eine Schwächung der gesellschaftlichen Solidarität mit sich. Die Bevölkerung ist geneigt, an einen Wandel zu glauben und EU-Funktionäre scheinen nur allzu bereit, auf eine mittel- bis langfristige Umsetzung der gesetzlichen Reformen zu vertrauen.

Das gleiche Muster wiederholt sich mit der Gefängnissituation. Nach dem misslungenen Widerstand der politisch Inhaftierten gegen die Typ F Gefängnisse, in denen diese in Einer- und Dreierzellen dauerhaft isoliert werden, um ihre Solidarität und Selbstorganisation zu unterbinden, sind sie nun mit tagtäglicher Schikane und Folter in den Isolationsgefängnissen konfrontiert. Während sich ihre Situation im Vergleich zu 1999 erheblich verschlechtert hat, ist ihre Stimme in der öffentlichen Wahrnehmung gänzlich verhallt.

Menschenrechtsorganisationen bemühen sich zwar, die Situation in den Gefängnissen transparenter zu machen und zivile Instanzen mit beobachtender Funktion aufzubauen, aber pseudoautarke Menschenrechtsräte unter staatlicher Leitung verwehren Forderungen nach Anerkennung und bieten noch dazu ein Außengeschild für eine vermeintliche Institutionalisierung des Menschenrechtsschutzes.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die aktuelle Menschenrechtssituation in der Türkei einer genaueren Betrachtung noch lange nicht standhalten kann. Aber die Erwartungslage der Bevölkerung hat sich durch einen zwei Jahrzehnte lang hart geführten Kampf um Menschenrechte beträchtlich geändert. Folter nimmt subtilere Formen an und Folterer treten allgemein weniger selbstsicher auf. Doch die Umstrukturierung des Apparats hat erst begonnen und das Resultat steht keineswegs schon fest.

Osman Murat Ülke (Ossi) wurde 1970 in Runderoth geboren. Er ist der erste KDVer in der Türkei, dessen Entscheidung in Kaserne und Militärgefängnis (1996-99) auf die Probe gestellt wurde. Ossi ist ehrenamtlicher Mitarbeiter der TIHV und arbeitet als Übersetzer für Menschenrechtsorganisationen.

E-Mail: gezzaia@softhome.net

KDV und Friedensbewegung in der Türkei

Es gibt in der Türkei seit 1990 Kriegsdienstverweigerer, die öffentlich zu ihrer Entscheidung stehen. Ihre Zahl beläuft sich inzwischen auf ca. 40. Doch die KDV ist rechtlich nicht definiert, was für KDVer wiederholte Bestrafung wegen Befehlsverweigerung und Desertion mit sich bringen kann. Eine andere Konsequenz kann das Abtauchen in den Untergrund sein, was zum Verlust bürgerlicher Rechte unter konstanter Gefahr, inhaftiert zu werden, führen kann.

Ungefähr 100 AntimilitaristInnen stehen in losem E-Mail-Kontakt zu einander und versuchen mindestens einmal im Jahr – am 15. Mai, dem internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer – Aktivitäten zu organisieren und auf die Thematik aufmerksam zu machen.

Dieses Jahr wird es in Istanbul am 15. Mai ein „Militouristisches Festival“ geben, in dessen Rahmen verschiedene Orte der Stadt aus einem antimilitaristischen Blickwinkel bereist und betrachtet werden sollen. Für weitere Informationen (auf Englisch): iami@savaskarsitlari.org

Ein bisschen Folter für einen guten Zweck?

Überraschend schnell hat der „Fall Daschner“ in Deutschland eine Diskussion über die Zulässigkeit von Folter eröffnet Von Werner Schulz



Foto: dpa

Wolfgang Daschner

Es ging um viel. Um sehr viel: Das Leben eines elfjährigen Jungen stand auf dem Spiel. Der Bankierssohn Jakob von Metzler war am 27. September 2002 in Frankfurt entführt worden. Als Täter kam für die Polizei relativ schnell nur noch einer in Betracht, der Student Magnus G. Der aber schwieg beharrlich zu allen Vorwürfen. Die Polizeibeamten gingen davon aus, dass das Entführungsoffer noch am Leben war. Drei Tage nach dem Verschwinden des Jungen lief ihnen die Zeit davon.

Es soll gegen acht Uhr morgens am 1. Oktober gewesen sein, nach einem siebenstündigen Marathon-Verhör, als die Beamten dem immer noch schweigenden Jurastudenten eine härtere Gangart ankündigten, und zwar auf Geheiß des Frankfurter Vize-Polizeipräsidenten Wolfgang Daschner: Man werde ihm Schmerzen zufügen, so ließ der Chef seinen Hauptkommissar drohen, wenn er nicht endlich den Aufenthaltsort des Opfers preisgebe. Im „Spiegel“ wurde aus dem Protokoll zitiert, das der Mordverdächtige tags darauf seinem Anwalt übergab: „Wenn Sie jetzt nicht reden, dann werden wir Ihnen große Schmerzen zufügen. Wie Sie nie welche hatten, die Sie nie in Ihrem Leben vergessen werden.“ Man habe per Helikopter einen Spezialisten angefordert, so wurde die Drohung unterstrichen, der sich darauf verstünde, so was ohne bleibende Schäden hinzukriegen.

Vermutlich hätte niemand im Nachkriegs-Deutschland diese Darstellung eines Kindesentführers ernst genommen und die Vorwürfe gegen Kripobeamtete für glaubhaft gehalten, wenn nicht wenige Tage später Recherchen des Berliner Tagesspiegel einen internen Aktenvermerk von Wolfgang Daschner zutage gefördert hätten. Dort hatte der Polizei-Vize schriftlich festgehalten, dass man den Aufenthaltsort des Jungen herausbekommen wolle, indem der Kidnapper „nach vorheriger Androhung, unter ärztlicher Aufsicht, durch Zufügung von Schmerzen (keine Verletzungen) erneut zu befragen“ sei. Ein ungeheuerlicher Vorgang: Folter als Methode der Kriminalpolizei. Nicht fernab in irgendeiner Diktatur, sondern mitten in Deutschland, mitten in Frankfurt.

Als schließlich die unglaublichen Vorkommnisse an die Öffentlichkeit gelangten, da geschah eine weitere, im Grunde noch größere Ungeheuerlichkeit: Wolfgang Daschner stand zu seiner Entscheidung – er tut es bis heute – und zeigte sich keines Fehlers bewusst. Und auch der Präsident der Frankfurter Polizei, Harald Weiss-Bollandt erklärte: „Ich billige das Verhalten meines Stellvertreters in vollem Umfang.“

Wochenlang war die „Affäre Daschner“ in der Öffentlichkeit und damit wurde – was viele nicht für möglich gehalten hätten – polizeiliche Folter in Deutschland wieder diskutabel.

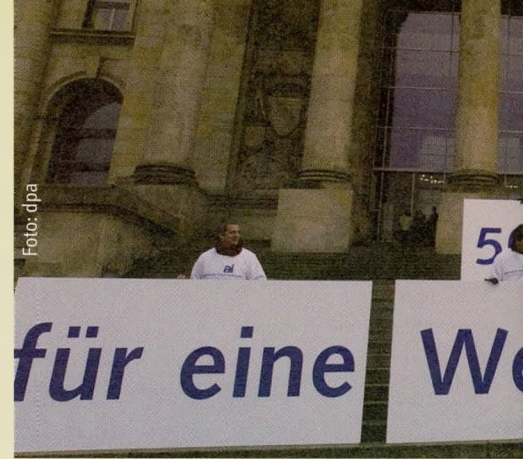


Foto: dpa

Folter wieder salonfähig?

Polizei-Vize Daschner wollte mit seinem offensiven Vorgehen augenscheinlich zweierlei erreichen. Er wollte den Jungen – ganz ohne Zweifel lag ihm das Leben des Opfers am Herzen. Aber er wollte offenbar auch die Zustimmung dafür, dass die Extremsituation einer Entführung notfalls gewalttätige Ermittlungsmethoden rechtfertige.

Mit beiden Zielsetzungen hatte der Polizeichef immerhin teilweise Erfolg. Die angedrohte Folter – Daschner selbst hat diese Vokabel nie benutzt – führte dazu, dass der Täter den Mord an dem Jungen schließlich zugab und die Polizei zum Leichnam des Opfers führte. Zur Anwendung der Gewalt kam es letztlich nicht. „Durch das inzwischen abgelegte Geständnis war die Maßnahme entbehrlich“, heißt es dazu in Daschners Aktenvermerk, der damit auch deutlich macht, dass es nicht nur um Androhung und Einschüchterung ging.

Auch bei der Zustimmung für die Methode der Folterandrohung verzeichnet Daschner in Teilen Erfolg – und zwar sowohl bei der öffentlichen Meinung, als auch bei Politik und Justiz. Das Tabu der Folter erweist sich als erstaunlich brüchig.

Nach einer Forsa-Umfrage, die der „Stern“ in Auftrag gab, fanden 63 % der Befragten, dass Daschner für sein Vorgehen nicht bestraft werden solle. Nur 32 % sprachen sich für eine Strafe aus. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hielt das Verhalten der Frankfurter Kripo „für menschlich sehr verständlich“. Oskar Lafontaine schrieb in seiner Bild-Kolumne, die „Entscheidung war in diesem Ausnahmefall richtig“. Und der Innenminister von Berlin-Brandenburg, Jörg Schönbohm (CDU) nahm den spektakulären Fall zum Anlass, laut über die grundsätzliche Zulässigkeit von Foltermethoden gegenüber Terror-Verdächtigen nachzudenken. In einer Sendung des Fernsehkanals Phoenix sagte Schönbohm wörtlich: „Ich kann mir vorstellen, wenn eine unmittelbare Gefahr für Tausende bevorsteht, dass man über solche Maßnahmen nachdenkt.“

Auch einige deutsche Juristen denken offenbar ganz ähnlich. Der Heidelberger Staats- und Völkerrechtler Karl Doehring hält laut „Spiegel-online“ Ausnahmen vom allgemeinen Folterverbot für zulässig, „wenn andere Menschen sonst ums Leben kämen“. Und der Vorsitzende des deutschen Richterbundes, Geert Mackenroth, verteidigte das Vorgehen der Frankfurter Polizei mit den Worten: „Es sind Fälle vorstellbar, in denen auch Folter oder ihre Androhung erlaubt sein können, nämlich dann, wenn dadurch ein Rechtsgut verletzt wird, um ein höherwertiges Rechtsgut zu retten.“ Also weg mit dem kategorischen Folterverbot? Stattdessen: Ein bisschen Folter für einen guten Zweck?

Spiel mit dem Feuer

Menschenrechtsorganisationen und Hilfseinrichtungen für Folteropfer zeigen sich schockiert und empört. Vor einer „schleichenden Erosion der Grundrechte“ warnte etwa das Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer: „Die Befürworter des Tabubruchs spielen mit dem Feuer“, sagte Pressesprecherin Britta

Aktion gegen die Folter von amnesty international



Jenkins (siehe auch Kasten „Das Folterverbot gilt absolut“).

Einen „politischen Dammbbruch“ befürchtete die Menschenrechtsorganisation amnesty international: „Folter scheint wieder salonfähig zu werden“, erklärte ai-Sprecher Danilo Bartelt und wies darauf hin, dass Deutschland Vertragspartner der UNO-Konvention gegen Folter wie auch der Europäischen Menschenrechtskonvention sei, und somit erklärt habe, jedwede Folter „absolut“ zu verbieten. „Wir dürfen so etwas nicht zulassen und müssen den Anfängen wehren.“

Derselben Ansicht waren vier große deutsche Bürgerrechtsorganisationen – die Humanistische Union, die Gustav-Heinemann-Initiative, die Internationale Liga für Menschenrechte und das Komitee für Grundrechte und Demokratie – die in einem gemeinsamen Appell das Anti-Folter-Komitee des Europarates und das Komitee gegen Folter bei den Vereinten Nationen zum Eingreifen aufforderten.

Deutlich und klar hat das Netzwerk „stop torture“ die schleichende Rückkehr zur Akzeptanz der Folter verurteilt. Wer die humanen Rechtsprinzipien einer zivilisierten Gesellschaft aufgeben, beschreibe den Weg in eine Beliebigkeitsgesellschaft ohne ethische Werte. In einem Rechtsstaat, so das Netzwerk, sei Folter unter keinen Umständen tolerierbar. „Das Folterverbot im nationalen wie im internationalen Recht gilt absolut. Die bei der Folter frontal angegriffene Würde des Menschen ist nicht ‚abwägbar‘ gegen andere Rechtsgüter.“ Ein Staat, der die Anwendung von Folter auch nur in einem Einzelfall rechtfertige oder als entschuldigbar gelten lasse, kündige damit das kategorische Versprechen auf, Gewalt nur in rechtsstaatlichen Grenzen zu gebrauchen. In diesen Fällen höre der Staat auf, Rechtsstaat zu sein.

Nach der anfänglich hitzigen und durch den tragischen Fall des ermordeten Kindes emotionalisierten Debatte ist im Moment Ruhe eingekehrt. Es könnte jedoch sein, dass die Folter-Diskussion schon bald in die nächste Runde geht.

Gegen Wolfgang Daschner und den 50-jährigen Beamten, der die Drohung gegen Magnus G. aussprach, hat die Staatsanwaltschaft inzwischen Anklage erhoben. Den Polizisten wird Verleitung zur Nötigung und zum Missbrauch der Amtsbefugnisse vorgeworfen. Nach Ansicht von Ulrich Endres, einem der bekanntesten deutschen Strafverteidiger, geht es im Fall Daschner um Aussageerpressung, ein Verbrechenstatbestand. Allein die Androhung von Gewalt werde mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren geahndet.

Der inzwischen suspendierte Polizei-Vize erklärte dagegen, er würde „wieder so handeln“. Es habe sich bei dem Entführungsfall um einen „übergesetzlichen Notstand“ gehandelt. Die Androhung der Gewalt, so Daschner, habe einzig und allein der Gefahrenabwehr gedient, immerhin stand das Leben eines Jungen auf dem Spiel.

Es ging um viel. Um wie viel es im Strafprozess gegen den Polizei-Vize geht, wird sich zeigen. Geht es „nur“ um die Frage, wie schwer das Verschulden der Beamten wiegt? Oder wird es wieder darum gehen, ob „ein bisschen Folter“ nicht doch tolerierbar sein muss?

Kompromisslos gegen die Folter

„Es muss klar werden, dass Folter nicht ein wertfreies Mittel ist, das auch für einen guten Zweck eingesetzt werden kann, sondern ein Mittel, das den vorgegebenen guten Zweck selbst zerstört: eine Regierung, die die Folter verwendet, um das Recht, für das sie verantwortlich ist, zu schützen, zersetzt, was sie schützen will.“

Sie zersetzt das allgemeine Bewusstsein von der unantastbaren Würde des Menschen, in dem allein eine rechtsstaatliche Ordnung gedeihen kann. Denn diese Würde ist unteilbar. Werden die Rechtsbrecher und der politische Gegner aus der Menschenwürde ausgeklammert, dann ist keiner mehr sicher, ausgeklammert zu werden, dann ist der Kern der Rechtssicherheit, die eine Regierung zu schützen hat, zerstört, dann ist die Macht rechtlos geworden, und das Recht hat keine ihm gemäße Macht mehr, die ihm dient.

Darum gibt es gegenüber der Folter keine Kompromisse. Ihr muss grundsätzlich abgesagt werden.

Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, ev. Theologe (1908-1993)

Recht

Die Folter wurde zum ersten Mal in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ im Jahr 1948 geächtet. Dieses Verbot wurde später in die „Menschenrechtskonventionen“ von 1966 und die „Konventionen des regionalen Menschenrechtsschutzes“ übernommen. Während die Erklärung eine Willensbekundung darstellt, besitzen die Menschenrechtskonventionen nach ihrer Ratifizierung Rechtskraft, ebenso wie die „Europäische Konvention“.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – 1948

Artikel 5:

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

UN-Konvention für Menschenrechte – 1966 (von der BRD völkerrechtlich verbindlich ratifiziert)

Artikel 7:

Niemand darf gefoltert oder grausam, unmenschlich oder entwürdigend behandelt oder bestraft werden.

UN-Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter – 1975

Artikel 1:

1. Unter Folter im Sinne dieser Erklärung ist jede Handlung zu verstehen, durch die einer Person von einem Träger staatlicher Gewalt oder auf dessen Veranlassung hin vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erzwingen, sie für eine tatsächliche oder mutmaßlich von ihr begangene Tat zu bestrafen oder sie oder andere Personen einzuschüchtern. ...

Artikel 2:

Jede Folterung oder jedwede andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde und als Verleugnung der Charta der Vereinten Nationen sowie als Verletzung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündeten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verurteilen.

Artikel 3:

Kein Staat darf Folter oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe zulassen oder dulden. Außergewöhnliche Umstände wie auch immer geartete öffentliche Notstandssituationen dürfen nicht als Rechtfertigung für Folter oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe geltend gemacht werden.

Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Artikel 3:

Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Das Folterverbot gilt absolut

Von Dr. Angelika Birck

Ein Staat, der Folter zulässt, ist kein Rechtsstaat mehr. Wenn ein Staat sich entschließt, auch nur in einem Fall einen einzelnen Menschen für einen angeblich guten Zweck und auch nur „leicht“ zu foltern, ist dieses einzelne Beispiel für alle anderen bereits drohende Warnung. Es erhöht das Angstpotential in der gesamten Gesellschaft. In einem Rechtsstaat gilt jemand so lange als unschuldig, bis in einem Gerichtsverfahren das Gegenteil bewiesen und jemand rechtskräftig verurteilt wurde. Daher muss auch ein Verdächtiger in einem Polizeiverhör (also z.B. der mutmaßliche Entführer im Fall Daschner) als unschuldig behandelt werden, selbst bei einem Geständnis.

Staaten besitzen das Gewaltmonopol, seine Vertreter verfügen immer über rechtsstaatliche Handlungsalternativen, für Staaten gibt es daher keine Notwehr. Folter wäre z.B. ungeeignet und nicht rechtmäßig, um von einem mutmaßlichen Bombenbauer den Plan für das Versteck und die Entschärfung der Bombe zu erfahren: erstens, weil die unter Folter gegebenen Informationen unwahr sein können und anderweitig geprüft werden müssen, zweitens, weil andere rechtsstaatliche Mittel zur Gefahrenabwehr vorliegen (z.B. Evakuierung des Gebietes).

Foltermethoden

Foltermethoden sollen maximalen Schmerz auslösen und dabei minimale Spuren hinterlassen, daher gewinnen psychologische Methoden zunehmend an Bedeutung.

Über folgende Foltermethoden wird häufig berichtet: Schläge, Zwangshaltungen (in enge Gegenstände oder Räume gesperrt, gefesselt werden), an Händen oder Füßen aufgehängt werden; Hitze, Sonne, Nässe oder Kälte ausgesetzt werden, mit dem Kopf unter Wasser getaucht werden, gewürgt oder gedrosselt werden, Verbrennungen, Schlafentzug, Hungern und dursten lassen, sexualisierte Gewalt (Gewaltanwendung im Bereich der Genitalien, Vergewaltigung), Elektrofolter, schwere Zwangsarbeit leisten müssen, chemische Substanzen verabreicht bekommen, u. a. Daneben kommen psychische Foltermethoden vor (die unter anderem in der ehemaligen DDR immer weiter verfeinert wurden): stundenlange Verhöre, wiederholtes Unterschreiben-Müssen von Geständnissen, Bedrohungen, Demütigungen, sexualisierte Gewalt (erzwungenes Nacktsein, sexualisierte Drohungen und Demütigungen), starkem Licht oder Lärm ausgesetzt werden, Scheinhinrichtungen, verbundene Augen, Isolationshaft; zusehen oder zuhören müssen, wie andere gefoltert werden oder sich daran beteiligen müssen; Tote in Zellen liegen lassen; widersprüchliche Anforderungen mit dem massiven Druck, sich zwischen verschiedenen negativen Konsequenzen zu entscheiden (z.B. Bedrohung, Familienangehörige zu foltern, wenn keine Information preisgegeben wird, gleichzeitig bedeutet die gewünschte Aussage den Verrat und die Verhaftung von Freunden). Psychische Foltermethoden haben zerstörerische Folgen, obwohl sie keine körperlichen Spuren hinterlassen.

Dr. Angelika Birck, Psychologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin

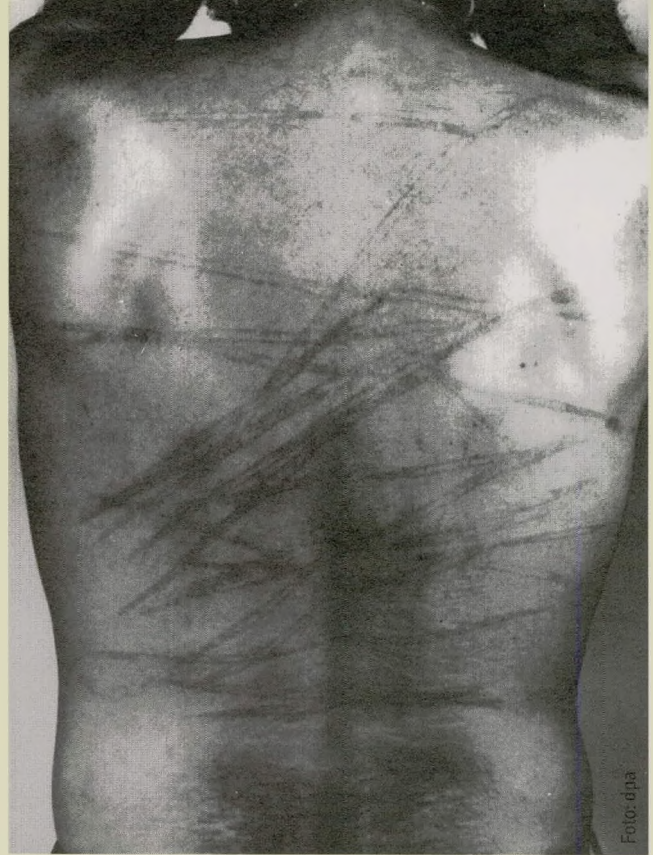


Foto: dpa

Christen für die Abschaffung der Folter

Zum weltweiten Netz von Menschenrechtsorganisationen, die gemeinsam gegen die Folter ankämpfen, gehört auch die „Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter“, ACAT. Diese Organisation wurde 1974 von katholischen, orthodoxen und reformierten Christen in Frankreich gegründet und besteht seit 1984 auch in Deutschland. Rund 600 Mitglieder hat ACAT heute im Bundesgebiet. Ihre ehrenamtliche Arbeit verteilt sich auf lokale Gruppen in Gemeinden und klösterlichen Gemeinschaften und geschieht in enger Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen.

Als die beiden zentralen Säulen ihres Engagements bezeichnen die Mitglieder von ACAT das Gebet und die Aktion. Einmal im Monat erhalten die Aktiven Gebets- und Aktionsvorschläge und Informationen zur Menschenrechtslage. Dazu gehören jeweils zwei Textvorschläge für Briefaktionen zugunsten zweier konkret betroffener Menschen.

Die Menschenrechtsarbeit von ACAT geschieht auch im historischen Bewusstsein der Täterrolle, in der sich Christen über Jahrhunderte befanden: „In der Vergangenheit haben Christen und die Kirchen selber gefoltert und hingerichtet und zu Menschenrechtsverletzungen geschwiegen“, sagt Dr. Jutta Dierkes von ACAT Deutschland. Nicht zuletzt deshalb trete die Organisation heute an, um die Christen und christlichen Kirchen zu einem intensiven und glaubwürdigen Kampf gegen die Folter zu bewegen.

W.Sch.



Kontakt: ACAT Deutschland e.V.
Postfach 1114, 59331 Lüdinghausen,
E-Mail avat.eV@t-online.de, www.acat-deutschland.de

Informationen im Internet

www.stoptorture.de

Website von amnesty international zur weltweiten Kampagne gegen Folter.

www.amnesty.de

Deutsche Website von ai mit aktuellen Infos, Archiv und Links zu lokalen Gruppen und Regionalbüros. Per Suchfunktion können deutschsprachige Dokumente zum Thema Folter aufgerufen werden.

www.amnesty.de/ulm

In der Rubrik „Themen / Folter“ findet man umfassende Background-Informationen zum Thema, darunter eine aktuelle Weltkarte und umfassende Literaturangaben, außerdem Infos für Aktionsgruppen und Veranstalter über die von ai-Ulm betreute Wanderausstellung gegen Folter „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Teile der Ausstellung kann man hier ebenso einsehen wie die Verleihbedingungen.

Komplett studieren kann man die Ausstellung beim Katholikentag 2004 in Ulm (16.-20. Juni, EinsteinHaus, Ulm).

www.acat-deutschland.de

Deutsche Website der internationalen Aktion der Christen gegen die Folter

www.menschenrechte-in-der-schule.de

Neues, unabhängiges Portal für Themen rund um die Menschenrechte, noch im Aufbau. Trotz des Namens nicht nur etwas für Lehrer und Schüler. Schon jetzt führt eine umfangreiche Linkliste weiter zu allen Initiativen und Organisationen in Deutschland, die sich Menschenrechtsfragen widmen. Fast vollständig ist eine Menschenrechtsbibliothek, die auch viele aktuelle Publikationen zur Folter umfasst.

www.asyl.net

Etwa 25 % der Flüchtlinge in Deutschland sind Folteropfer, eine Beschäftigung mit dem Thema Folter ist kaum zu trennen von der Frage nach Fluchtursachen und Folterfolgen. Der „Informationsverbund Asyl“, eine gemeinsame Plattform von Menschenrechtsorganisationen und kirchlichen Institutionen, bietet hier aktuelle und Grundlageninformationen an.

www.bfu-ulm.de

In Deutschland gibt es rund 15 regionale Behandlungszentren für Folteropfer, nicht alle können wir hier auflisten. Als stellvertretendes Beispiel empfehlen wir die Website des Behandlungszentrums für Folteropfer Ulm (BFU), das eine Außenstelle in Karlsruhe betreibt (siehe Interview Seite 20).

Zum Weiterlesen

„Grundrechte-Report“

Till Müller-Heidelberg u.a. (Hg.), rororo, Reinbek
Der Report erscheint jährlich als Projekt der Humanistischen Union, der Gustav Heinemann-Initiative, des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des Bundesarbeitskreises kritischer Juragruppen. Er beschreibt Gefahren und Verstöße, die vom Staat und seinen Organen ausgehen.



„Frei von Furcht und Not“ Literatur über Menschenrechte
amnesty international

Das Heft versammelt Literaturvorschläge (Belletristik) für Jugendliche und Erwachsene über Menschenrechtsthemen. Die Bücher werden gut kommentiert, die Besprechungen sind mit kurzen Handreichungen für LehrerInnen versehen.

„Für eine Welt frei von Folter“

amnesty international

In diesem Bericht zur Kampagne gegen die Folter zeigt ai mit einer Fülle authentischer Beiträge, dass in vielen Staaten der Welt Folterungen stattfinden: auf Polizeistationen, in Gefängniszellen, in Militärlagern.

„amnesty international Jahresbericht“

Fischer Taschenbuch Verlag

ai veröffentlicht im Juni jeden Jahres einen umfangreichen Bericht über ihre Arbeit gegen Menschenrechtsverletzungen in aller Welt. Meist sind mehr als 150 Länder und damit über drei Viertel aller Staaten der Welt mit eigenen Kapiteln vertreten.

„Geschichten aus dem Niemandsland“ Kurzgeschichten über Menschenwürde und Menschenrechte

Urs M. Fiechtner / Sergio Vesely

Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1999

Diese dritte, überarbeitete und um neue Geschichten erweiterte Ausgabe umfasst die bekanntesten Kurzgeschichten beider Autoren über Menschenrechtsthemen. Auf der Basis von Dokumenten, Zeugenaussagen und Interviews mit Flüchtlingen aus vieler Herren Länder und aus eigener Erfahrung erzählen die Autoren, oft in überraschenden Wendungen und immer mit dem Blick für das Wesentliche, von Tätern und Opfern, von der äußeren und der inneren Situation der Verfolgten.

„Frei und gleich geboren“ Ein Menschenrechte-Lesebuch

Verlag Sauerländer, Frankfurt am Main 1998; als Taschenbuch im Unionsverlag, Zürich 1999

Dieses vielseitige Lesebuch mit Beiträgen von 30 renommierten Autorinnen und Autoren, Wissenschaftlern, ehemaligen politischen Gefangenen, Mitarbeitern von Menschenrechtsorganisationen sowie Journalisten aus 10 Ländern der Welt beschäftigt sich mit den bürgerlichen und politischen Menschenrechten.

Go east!

Die neuen EU-Mitgliedsländer sind lohnende Reiseziele – nicht nur im Urlaub

Am 1. Mai werden insgesamt zehn mittel- und osteuropäische Staaten der Europäischen Union beitreten. Aus dem ursprünglich auf Westeuropa begrenzten Staatenbund wird so eine Institution, die tatsächlich den gesamten Kontinent umspannt. Während die Menschen in den künftigen Mitgliedsstaaten den Beitritt mit Hoffnungen und großen Erwartungen verbinden, überwiegt hierzulande vielfach Skepsis und Angst vor den „Neuen“: Wir wissen nicht viel von unseren östlichen Nachbarn, ihre Mentalität und Lebensweisen sind uns auch 15 Jahre nach dem Fall der Mauer weithin unbekannt geblieben.

Das lässt sich leicht ändern, meinen unsere Autoren auf den folgenden Seiten. Aus ganz unterschiedlicher Perspektive raten sie: Nichts wie hin!



Hochsaison an Polens Badestränden

Die Polen kommen – nichts wie hin!

Wohin im nächsten Sommer? Warum denn nicht mal eine Reise in ein paar der neuen EU-Mitgliedsländer unternehmen? In Länder, die sich von hier locker mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Radl erreichen lassen, in denen es (bis auf weiteres) noch erschwingliche Preise gibt? Unser Autor machte im letzten Jahr in Polen und den Baltenstaaten höchst angenehme Erfahrungen.

Text und Fotos von Roland Hanewald

Die Polen sind reiselustig. 21 Millionen von ihnen gehen jährlich auf Tour. Zumeist im eigenen Land und mit Vorliebe an die Strände. Dort ist dann zwar der Bär los – aber nicht der raue Kapitalismus. Ostseescholle mit Chips, mitten im touristischen Geschehen von Ustka, dem einstigen Stolpmünde, für 0,90 Euro – darüber kann man nicht meckern. Eine Übernachtung für zwei



Auch die Lebensretter sind vor Ort

Personen in einem umfunktionierten Lehrerwohnheim in der lettischen Strandstadt Liepaja für 3,50 – auch darüber nicht, denn das zahlt man anderswo bereits an „Kurtaxe“. Überall gibt es auch Jugendherbergen, die gerade im Osten sehr budgetfreundlich sind. Auch die Suche nach einer privaten Unterkunft ist eine leichte Übung. Und manch einer stellt mit Erstaunen fest, dass die alten sowjetischen Plattenbauten ganz gemütlich sein können: Nicht selten werden, weil die Mieter auf Reisen sind, von deren



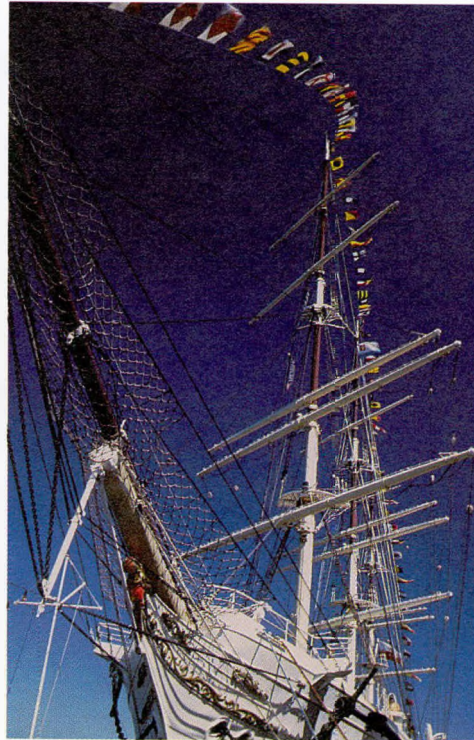
Touristischer Magnet: Das neu erbaute Danziger Krantor

Verwandtschaft komplette Wohnungen vermittelt – für höchstens einen Zehner pro Nacht!

Man hatte uns gewarnt, dass wir unter Räuber geraten würden. Kein Wort davon erwies sich als wahr. Die Menschen in den von uns bereisten Ländern Polen, Litauen, Lettland und Estland zeigten sich nicht nur freundlich. Sie waren geradezu herzlich und in jeder Beziehung hilfsbereit. Und wenn einer kein Englisch konnte (Deutsch ohnehin sehr wenig), dann wurde halt nach jemandem gesucht, der es verstand. Dass die Besucher die Sprachen der Besuchten nur unvollkommen beherrschten – dafür hatte man lachendes Verständnis. Die Esten verwiesen gern und mit gewissem Stolz auf ihre 14 Fallerendungen (im Deutschen vier), die Polen auf ihre Konsonantenberge und die beiden Balten auf das biblische Alter ihrer Idiome.

Zuversicht in Polen

Polen ist mit 312 700 qkm flächenmäßig nur unwesentlich kleiner als die Bundesrepublik, hat mit ca. 38 Millionen Einwohnern (123/qkm) aber weniger als die Hälfte der hiesigen Bevölkerungsdichte. Das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung hat sich seit 1945 immer mehr verschoben. Damals war es 1 : 2, heute ist es wegen forciertem Industrialisierung und assoziierter Verstädterung 2 : 1. Das Bruttoinlandprodukt



Polens Stolz: Das Segelschiff „Dar Pomorza“ im Hafen von Gdynia



Ein Boot der Wasserschutzpolizei in Danzig

lag 2003 bei 42,7 Milliarden Euro und das Wachstum bei 2,2 %. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit mit 17,9 % (2003) unverhältnismäßig hoch. 75 % der Polen erhoffen sich vom bevorstehenden EU-Beitritt Verbesserungen, der Rest befürchtet hingegen einen Verlust der Souveränität, Ausverkauf von Boden, außerdem wertkonservativen Vorstellungen widersprechende Verhaltensmuster.

Militärisch speckt das NATO-Mitglied Polen ab. Ein Abbau der derzeitigen Truppenstärke von 200 000 um ein Viertel ist in Arbeit, die Streitkräfte sollen zukünftig zur Hälfte aus Berufssoldaten bestehen. Der Wehrdienst ist bereits von zwei Jahren auf eines reduziert worden. Zivildienst aus religiösen oder Gewissensgründen ist möglich; er dauert jedoch sechs Monate länger als der Dienst beim Militär.

Das Schulsystem ist dem deutschen recht ähnlich und seit 1990 relativ unabhängig von staatlichen Eingriffen. Anders als hier berechtigt das Abitur indes nicht automatisch zur Unizulassung, sondern diese hängt von Aufnahmeprüfungen, Interviews und Wettbewerben ab. Die Einführung eines „Neuen Abiturs“ wird dies in Zukunft jedoch ändern. Curricula sind im modernen Polen zeitgemäßer und konkurrenzfähiger denn je. Computerkunde, ökologische Bildung, Gesundheitserziehung und Polens

Stellung im heutigen Europa gehören dazu. Und die polnische Jugend ist zuversichtlich. Man sieht es bei Besuchen im Nachbarland auf Schritt und Tritt.

Wer im Urlaub unterwegs Richtung Osten ist, wird auf Länder und Leute treffen, die es zu besuchen lohnt. Was natürlich auch für die Strände gilt: Die Ostsee erwies sich als sauber – solange man nicht gerade im Bereich größerer Städte wie in der Danziger oder der Rigaer Bucht ein Bad nehmen möchte. Da stinkt's nämlich ganz schön heftig zum Himmel.

Man sollte sich indes nicht nur auf die Strände konzentrieren, sondern auch die größeren Städte nicht links liegen lassen. An solch prachtvollen Metropolen wie Gdansk (= Danzig) und Riga manifestiert sich der ganze Wahnsinn des Krieges. Alles was über Jahrhunderte hinweg mit unendlicher Geduld und Mühe aufgebaut worden war, wurde binnen kürzester Zeit zur Totalität zerstört. Zwar hat man das meiste wieder neu errichtet. Aber warum musste es erst zerschmissen werden?

Wer's ruhiger mag, findet auch stille Strandabschnitte



Die Ost-Erweiterung der Europäischen Union

Vom 1. Mai an werden der EU zehn weitere Staaten angehören: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und die kleinen Inselstaaten Zypern und Malta. Insgesamt werden 75 Millionen Menschen zu neuen EU-Bürgern.

Die Staaten haben sich verpflichtet, die Rechtsnormen der EU zu übernehmen, wobei einige Übergangsfristen bestehen. Auch in Bezug auf die Freizügigkeit gibt es Übergangsregelungen, die – bis auf Zypern und Malta – es den alten EU-Staaten erlauben, fünf bis maximal sieben Jahre lang nationale Zuwanderungsbegrenzungen festzulegen.

Mit der Einführung des Euro in den neuen Mitgliedsländern ist erst in einigen Jahren zu rechnen. Außer Zypern und Malta werden ab 2004 auch alle neuen EU-Staaten Mitglied in der NATO sein.

Als weitere Länder haben sich Bulgarien und Rumänien um einen EU-Beitritt im Jahr 2007 beworben.

Polen vor dem EU-Beitritt

Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Eine junge Deutsche, die in Polen einen Freiwilligendienst leistet, beschreibt ihre persönlichen Eindrücke aus einem Land im Umbruch

Von Dörte Krückels

Oft werde ich gefragt, was mich an Polen so begeistert. Ich denke, es ist der Charme einer vergangenen Zeit, es sind die Menschen, bei denen schnell ein Lächeln um die Mundwinkel herum zu erkennen ist, es ist die vielfältige Natur... es ist das alles zusammen, was mich Polen lieben lässt.

Hier also leiste ich seit September letzten Jahres meinen Freiwilligendienst. Aus meinen bisherigen Erfahrungen heraus möchte ich versuchen einen kleinen Einblick in ein Land zu geben, das gerade dabei ist, seine neue Identität zwischen Geschichte, Tradition und Katholizismus, der eigenen Unabhängigkeit und dem Weg in die Europäische Union zu suchen.

Durch die zwei Projektbereiche, in denen ich arbeite, erlebe ich Menschen verschiedensten Alters. Zum einen bin ich eingesetzt in einem Zentrum für Kinder und Jugendliche, zum anderen betreue ich in einem Projekt überlebende Opfer des Holocaust. Hier treffe ich auf Menschen, die auf ein langes und ereignisreiches Leben zurückblicken können. Eine zweiundneunzigjährige Frau, die ich zweimal in der Woche besuche, hat diese Tatsache sehr schön ausgedrückt: „Ich habe schon so viel in meinem Leben miterlebt. Den Krieg in seiner schlimmsten Form am eigenen Leibe, die Zeit des Kommunismus, die Wende und wenn ich jetzt noch miterleben darf, wie Polen in die EU kommt, dann kann ich beruhigt sterben.“ Sicherlich wird es für diese Frau keine Veränderungen mehr durch diesen politischen Schritt geben, doch höre ich aus ihrem Kommentar den Stolz und die Freude heraus, dass ihr Land, das nicht nur in der jüngsten Geschichte viele Niederschläge hat einstecken müssen, gegenüber den großen Nachbarstaaten endlich seinen festen und unbestreitbaren Platz auf der Weltkarte und in der Weltordnung hat.

„Vielleicht werden meine Kinder eines Tages daraus einen Nutzen ziehen können, dass Polen in der EU ist, aber für mein Leben sehe ich da keine großen Veränderungen.“ Diese wenig euphorische Prognose stammt von einer gleichaltrigen Freundin von mir, die seit fast zehn Jahren in das Zentrum für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche kommt, in dem ich den Rest meines Arbeitstages verbringe. Sie würde zwar gewisse Möglichkeiten sehen, die ihre



Foto: R. Hanewald

Prachtstadt: Blick auf das wiedererstandene alte Danzig vom Turm der Marienkirche aus

Eltern noch nicht hatten, meint meine Freundin, doch sie könne sich nicht vorstellen, diese zu nutzen und beispielsweise einmal im Ausland zu arbeiten. So nüchtern sehen das natürlich nicht alle. Es gibt eine Menge Jugendliche, die glauben, dass ab dem ersten Mai Polen einem Schlaraffenland gleicht. Unser Zentrum versucht, den Jugendlichen zu helfen, realistisch Regie über ihr Leben zu führen und die durch die veränderte politische Situation entstehenden neuen Chancen zu erkennen und zu nutzen.

Mitglied zweiter Klasse?

Ich lerne also zurzeit dieses Land aus sehr verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Wenn man sich in Warschau aufhält, dann ist auch einiges an Angst zu spüren. Angst, Mitglied zweiter Klasse im „Polen der zwei Geschwindigkeiten“ zu werden, während die Regierung das Tempo angibt und sich selbst fürchtet, in „einem Europa der zwei Geschwindigkeiten“ nicht mithalten zu können. Und gerade wer jetzt schon mehr schlecht als recht überleben kann, der hat natürlich Angst, bald nicht einmal mehr das zu schaffen. Diese Angst sehe ich in den Augen der alten Frau, die stundenlang auf dem Markt steht und Plastikblumen und Käse verkauft und schnell alles einräumt, wenn die Polizei auf Streife ist. Ich sehe sie bei dem kleinen kranken Jungen hier aus dem Zentrum und bei dessen Mutter, die nicht genügend Geld hat, mit ihrem Sohn zum Arzt zu gehen, geschweige denn Medikamente zu kaufen. Ich sah sie auch in den Augen der Menschen, die vor Weihnachten Stunden anstanden, um ein Lebensmittelpaket mit etwas Mehl, Zucker, Salz und anderen Grundnahrungsmitteln zu erhalten.

Mir fallen Geschichten ein, die ich von meinen Eltern hörte, als sie aus dem Nachkriegsdeutschland erzählten.

Info

Dörte Krückels (20) arbeitet als Freiwillige in Krakow in Polen. Ihr Bericht, den wir leicht gekürzt haben, erschien zuerst in der Zeitschrift „Zeichen“, die von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) in Berlin herausgegeben wird.

ASF vermittelt Freiwillige für einjährige Einsätze in insgesamt zwölf Ländern, darunter auch Israel und die USA. Kontakt: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Auguststraße 80, 10117 Berlin, www.asf-ev.de



Foto: ASF

Junge Erwachsene beim Deutsch-Polnischen Jugendaustausch in Krakow, Polen

Interkulturelles Lernen

Buber? Einstein? Rushdie? – Nie gehört

Was wissen europäische Schüler über Islam, Judentum und Christentum?

Deutsche Schüler geben nicht nur bei der Pisa-Studie ein schlechtes Bild ab, sondern sie glänzen auch nicht gerade, wenn es um Wissen über andere Glaubensgemeinschaften geht. Das hat eine Studie der Herbert-Quandt-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Birmingham ergeben. Empfehlungen für Curricula sollen nun Abhilfe schaffen.

Text und Foto Senya Müller

In Brendas Klasse hängt ein Schulkalender, auf dem nicht nur das christliche Weihnachten und Ostern sondern auch das islamische Neujahr Al-Hijra oder das jüdische Hanukkah (November-Dezember) notiert sind. Die 11-jährige Schülerin einer Londoner Schule ist katholisch und hat keine Probleme, mit ihren Mitschülern jüdischen oder islamischen Glaubens umzugehen. Die Lehrer fördern interkulturelles Wissen, denn die Schüler kommen jeden Tag mit Menschen vieler Glaubenstraditionen zusammen. Immerhin schnitt Großbritannien innerhalb der neuen Erhebung mit einem zweiten Platz ab. Die Studie wurde durchgeführt von der Herbert Quandt-Stiftung, einer privatwirtschaftlichen Initiative, die den internationalen Dialog fördern will und von der Altana-AG, einem internationalen Pharma- und Chemieunternehmen, finanziert wird.

Befragt wurden Schüler von Primar- und Mittelstufen aus acht europäischen Ländern über Islam, Judentum und Christentum. Weiterhin untersuchten die Wissenschaftler Curricula und sprachen mit den Lehrern, wie sie damit umgehen. Italien schnitt in der Studie am besten ab, gefolgt von Großbritannien, Spanien und Schweden. Deutschland schaffte es nur auf Platz fünf, vor Finnland und Griechenland. Das Schlusslicht ist Frankreich.

Dr. Lisa Kaul-Seidmann (Universität Birmingham) leitet die Studie. Das Department of Theology, dem sie angehört, ist eines der wenigen in Europa, an dem Theologie glaubensübergreifend gelehrt wird. Kaul-Seidmann sieht vor allem in den mangelhaften Schulcurricula die Ursache für die Unwissenheit vieler Schüler. So würden zwar vielerorts in Geschichte und Religion die drei „Offenbarungsreligionen“ behandelt. In anderen Fächern dagegen, wie etwa Literatur und Geschichte, würden die Schüler nichts von islamischer Literatur oder jüdischer Kultur erfahren.

Italien ist führend

In deutschen Schulen tut man sich mit interkulturellem Lernen schwer, weil die Curricula



Ein schwarzer Junge und drei junge Frauen singen vor dem Gebäude der Heilsarmee am Portobello Market, London. Hier bleiben Menschen aller Religionen und Kulturen stehen und hören den Sängern zu.

in ihren Grundstrukturen überaltert sind, wie die Studie belegt. Allerdings waren die Experten erstaunt, als sie feststellten, dass es um die Curricula im katholischen Italien nicht besser steht, die Schüler sich aber dennoch hervorragend informiert zeigten. „In Deutschland halten sich die Lehrer viel strenger an die Curricula als in Italien. Dort entscheiden sie nach aktuellen Bedürfnissen“, sagt Dr. Sven Berggötz von der Herbert-Quandt-Stiftung.

Ein weiteres Handicap für Deutschland: An deutschen Universitäten würde zukünftigen Lehrern nur wenig interkultureller Wissensstoff vermittelt. Was sich wiederum bei den Schülern auswirkt. So konnten weniger als die Hälfte der deutschen Schüler etwas mit Namen jüdischer Gelehrter wie Moses Mendelssohn, Albert Einstein, Karl Marx oder Martin Buber anfangen. Zwar war fast jeder in der Lage, wenigstens ein jüdisches Fest zu nennen, doch die hebräischen Namen waren ihnen weitgehend unbekannt. Nur eine sehr kleine Gruppe der Deutschen war in der Lage, einen islamischen Schriftsteller zu nennen, der zur Weltliteratur beigetragen hat. Meist wurde Salman Rushdi genannt, oder auch fälschlicherweise Rafik Schami, denn letzterer ist ein in Syrien geborener Christ.

Der Hauptgrund, warum französische Schüler so schlecht abschneiden, liegt in der strikten Trennung von Staat und Kirche. Einen Religionsunterricht an staatlichen Schulen gibt es nicht und das Thema Glaubenstraditionen wird auch in den übrigen Fächern so gut wie nicht behandelt.

„Triolog der Kulturen“

Um den uneinheitlichen Wissensstand der europäischen Schüler zu verbessern, haben die Wissenschaftler Empfehlungen für Curricula abgegeben, die das Verständnis der drei Kulturen untereinander fördern sollen. Hilfreich für Lehrer sind die praktischen Hinweise, etwa auf Literatur für den Unterricht. Das ganze Projekt könnte mit dazu beitragen, dass die nächsten Schülergenerationen lernen, angstfrei mit Kopftüchern oder neu gebauten Moscheen umzugehen.

Die Curriculum-Empfehlungen sollen dazu beitragen, den „Triolog der Kulturen“ zu fördern, eine Initiative, die 1996 von dem britischen Verleger Lord Weidenfeld zusammen mit der Herbert-Quandt-Stiftung gegründet wurde. Die Studie wurde bereits in Birmingham und Berlin vorgestellt, Brüssel und andere europäische Länder sollen folgen. In Deutschland haben mehrere Länderministerien bereits Interesse angemeldet. Am 26. April 2004 ist eine Akademiemietagung zu den Curriculum-Empfehlungen in der Evangelischen Akademie Arnoldshain für Religionspädagogen aus Hessen und dem Rhein-Main-Gebiet geplant.

Die Autorin ist Journalistin und lebt in London

Die Studie „European identity und cultural pluralism: Judaism, Christianity and Islam in European curricula“ und die Empfehlungen können kostenlos bei der Herbert-Quandt-Stiftung bestellt werden unter Tel. 06172/171 25 00. Internet: www.h-quandt-stiftung.de

Learn German. There's nothing to loose!

Werbekampagne mit Rapunzel und Claudia Schiffer

Oliver Kahn, Albert Einstein und Claudia Schiffer sollen das Image der deutschen Sprache in England aufpolieren. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und das Goethe Institut London haben zusammen mit der deutsch-englischen Agentur Brighten-the-orners eine Werbekampagne entwickelt. Die Plakate und Postkarten, die dafür entworfen wurden, sind der Hit an englischen Schulen. Die Learn-German-Kampagne, die bereits im vergangenen Jahr begonnen hatte, ging in die zweite Runde und hat auch Irland erreicht.

Text und Foto Senya Müller



„Learn German and get into the pole position“ – zwei englische Schülerinnen haben Spaß an der Learn-German-Kampagne

Humorlos, penibel und abstoßend perfekt. So sehen die britischen Boulevardblätter die Deutschen. Ein Image, das junge Menschen nicht eben anregt, einen Deutschkurs zu belegen. (Nur etwa zehn Prozent der Schüler lernen als Fremdsprache Deutsch.) Die Sprachexperten haben allerdings herausgefunden, dass es trotz aller Hetze in der Presse gar nicht so schlecht um das Image der Deutschen steht. Für junge Briten sind deutsche Promis aus Mode und Sport echte Sympathieträger. Vor diesem Hintergrund entstanden Poster und Postkarten mit Slogans wie „Claudia Schiffer. Learn German and look good“ und „Schumacher. Learn German and get into the pole position“. Der Renner unter den Motiven: „5:1“ steht in großen, weißen Lettern auf der himmelblauen Plakat-Vorderseite. Die Rückseite gibt Aufklärung: „Learn German. There's nothing to lose“. Eine Anspielung auf den legendären 5:1 Sieg der englischen Fußballmannschaft in München im September 2001.

„Wir wollen zeigen, dass wir auch über uns

selbst lachen können“, sagt Dr. Nina Lemmens, Leiterin des DAAD London, die die Learn-German-Kampagne ins Leben gerufen hat. Sprüche wie „Beach Towels. Learn German and get there first“ spielen mit dem unausrottbaren Klischee, die Krauts markierten die besten Strandplätze mit ihren Badetüchern. Oder die sprichwörtliche deutsche Tüchtigkeit – von den Briten belächelt und bewundert – wird durch „Efficiency – Learn German (fluency guaranteed)“ verulkt.

Über 100.000 Postkarten und Plakate wurden in der ersten Runde an 4000 Schulen in ganz Großbritannien verschickt und es kamen immer wieder Nachbestellungen. Karl Pfeiffer, Werbefachmann des Goethe-Instituts London, sieht den Erfolg darin, dass „die Werbeaktion viel gefühlsbetonter daherkommt, als bisherige Versuche, die deutsche Sprache zu vermarkten.“

Das positive Feedback von Lehrern, die die Plakate und Postkarten für ihren Unterricht verwenden, veranlasste die Sprachwerber zur Fortsetzung der Kampagne. Sie schrieben einen

Wettbewerb aus, bei dem die Schüler selbst Werbeslogans kreieren sollten. Über 450 witzige Vorschläge kamen zurück. Platz eins belegte eine Schülerin aus Yorkshire mit „Oliver Kahn. Learn German. Let it all in“.

Auch die folgenden Texte zeigen, dass die Schüler nicht nur ihren Spaß hatten, sondern talentierte Werbetexter sind: Einstein.

Learn German. It is relatively easy.

Snowboarding.

Learn German and melt the ice.

Rapunzel.

Learn German and let your hair down.

Recycling.

Learn German. Don't waste your time.

Rottweiler:

Learn German: They aren't as vicious as you think!

Die Postkarten und Poster mit den Slogans sind bereits wieder unterwegs in die Schulen. „Wir haben babyblau und rosa als Grundfarben gewählt, weil sie nicht als typisch deutsch gelten. Eher im Gegenteil. Die Farben wirken sanft und verspielt. Ein zusätzliches Mittel der Selbstironie fürs Deutschen-Image“, sagt Frank Philippin von „Brighten-the-Corners“. Der Stuttgarter, der seit vielen Jahren in London lebt und arbeitet, wollte mit einfachen Mitteln hohe Aufmerksamkeit erzielen. Zusammen mit seinem Partner Billy Kossoglou entwarf er das Design. „Wir spielen mit Form, Farbe und Sprache.“ Die klare Graphik wirkt auffällig und trendy. Ein einfaches Konzept, das den Postern zum zweiten Mal einen Platz unter den „100 besten Plakaten“ sicherte. Der Wettbewerb – neuerdings nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Schweiz und Österreich – wird jährlich in Berlin ausgeschrieben.

Informationen zur Learn-German-Kampagne: info@daad.org.uk, pfeiffer@london.goethe.org

Tipp

Der erste christlich-jüdisch-islamische Taschenkalender in deutscher Sprache ist in der Edition Avicenna (München) erschienen. Neben dem Kalenderteil finden sich Erläuterungen zu den Feiertagen. ISBN-Nr.: 3-00-012391-1



Carl von Ossietzky im Jahre 1932

Von Martin Staiger

1912 wurde der 23-jährige Hilfsschreiber am Hamburger Amtsgericht Carl von Ossietzky Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. In einer Zeit, in der so genannte Intellektuelle den Krieg geradezu herbeisehnten, verschrub er sich dem Pazifismus und setzte sich in seinen ersten Texten, die er für die Zeitung „Das freie Volk“ verfasste, für eine friedliche und demokratische Entwicklung des Deutschen Reiches ein. Bereits 1913 stand er zum ersten Mal vor Gericht, weil er in einem Artikel die Militärgerichtsbarkeit kritisiert hatte. 1916 wurde Ossietzky eingezogen. Über seine Kriegserlebnisse ist außer einigen wenigen Sätzen, die er in dem Prozess über den berühmten Satz „Soldaten sind Mörder“ sagte, wenig bekannt: „Was ich im Krieg gesehen, hat meine Meinung über ihn und das Kriegshandwerk durchaus bestätigt (...) dass der Krieg nichts Heroisches bedeutet, sondern dass er nur Schrecken und Verzweiflung über die Menschheit bringt.“

Nach dem Ende des Krieges arbeitete Ossietzky als Journalist, zunächst hauptsächlich bei der Berliner Volkszeitung. Er war Gründungsmitglied des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer und beteiligte sich an der Organisation der „Nie-Wieder-Krieg!“-Demonstrationen, die Anfang der zwanziger Jahre allein in Berlin bis zu 100 000 Menschen auf die Beine brachten. Carl von Ossietzky war Demokrat durch und durch. Er propagierte die Verbindung demokratischer und sozialistischer Ideen und plädierte für eine „Ethisierung der Politik“ unter dem Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit. Anfang der zwanziger Jahre war er einer der wenigen Publizisten, die die deutsche Kriegsschuld und Niederlage unmissverständlich anerkannten.

Gegen die Wiederaufrüstung

Nachdem mehrere Regierungen mit SPD-Beteiligung gescheitert waren, in die Ossietzky große

„Der Angeklagte war auch Pazifist“

Carl von Ossietzky – Redakteur, Publizist, Träger des Friedensnobelpreises

Hoffnungen gesetzt hatte, bemühte er sich 1924 um ein Reichstagsmandat für die neu gegründete Republikanische Partei Deutschlands. Die RPD erhielt jedoch nur einige wenige Stimmen und löste sich schnell wieder auf. Nach dem gescheiterten Versuch als Abgeordneter in das politische Geschehen einzugreifen, widmete sich Ossietzky ganz dem publizistischen Kampf.



Titel der von Carl von Ossietzky mit herausgegebenen Zeitschrift

Er trat 1926 in die Redaktion der „Weltbühne“ ein und wurde bald darauf ihr leitender Redakteur. Eines der wichtigsten Themen der „Weltbühne“ war die gegen den Versailler Vertrag betriebene Wiederaufrüstung. Artikel zu diesem Thema brachten Ossietzky immer wieder vor Gericht und am 10. Mai 1932 schließlich ins Gefängnis. Das wegen eines Textes von Walter Kreiser gegen den verantwortlichen Redakteur Ossietzky eingeleitete Verfahren war von Anfang an von einer Vorverurteilung geprägt, die da lautete „Der Angeklagte war auch Pazifist“. Dies, so das Urteil, rechtfertige „psychologisch den Schluss, dass der Angeklagte mit dem fraglichen Artikel ‚antimilitärisch‘ wirken wollte.“ Daraus schloss das Gericht, Ossietzky habe militärische Geheimnisse verraten wollen. Dass aber gerade die Existenz solcher „Geheimnisse“ einen Bruch des Versailler Vertrags darstellte, der auch Teil der Weimarer Verfassung war, kümmerte das Gericht nicht. Ossietzkys Haftantritt wurde zu einer politischen Demonstration. Viele prominente Demokratinnen und Demokraten begleiteten ihn vors Gefängnistor. Am Tag seines Haftantritts erschien in der Weltbühne ein Artikel, in dem er schrieb: „Ich gehe nicht aus Gründen der Loyalität ins Gefängnis, sondern weil ich als Eingesperrter am unbequemsten bin.“ Als Ossietzky im Dezember 1932 freikam, hatten die Militärs in Gestalt des Generals Schleicher die Macht übernommen. Wenige Wochen später ernannte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler – und der hatte bereits 1930 unmissverständlich ange-

kündigt, dass nach dem Machtantritt der NSDAP Köpfe rollen würden.

Einer der gefährdeten Köpfe war der von Carl von Ossietzky. Trotzdem emigrierte er nicht, sondern arbeitete weiter, als wäre nichts geschehen. Er konfrontierte die neue Regierung mit ihren eigenen Widersprüchen und hoffte, dass sie bald wieder zerbrechen würde. Ossietzkys publizistischer Kampf war am 28. Februar 1933, dem Morgen nach dem Reichstagsbrand, beendet. Er wurde verhaftet und in der Festung Spandau eingesperrt. Kurze Zeit später kam er in das als „Folterhöhle“ berüchtigte Konzentrationslager Sonnenburg und wurde im Februar 1934 in das gefürchtete Moorlager Esterwegen verlegt. Ossietzkys emigrierte Freunde versuchten vergeblich, einflussreiche Politiker der demokratischen Staaten zu einer Intervention für den Misshandelten zu bewegen. So versuchten sie auf eigene Faust über einen Rechtsanwalt Ossietzkys Freilassung zu erreichen und über die Auslandspresse Druck auf Deutschland auszuüben.

Solidarität aus dem Ausland

Große Resonanz fand ein im April 1934 im „Pariser Tageblatt“ erschienener Artikel, der Ossietzky für den Friedensnobelpreis 1935 vorschlug. Die Schriftsteller Heinrich und Thomas Mann unterstützten diesen Aufruf ebenso wie die Sozialarbeiterin und Friedensnobelpreisträgerin von 1931, Jane Addams, der Physiker Albert Einstein oder der spätere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt. Nachdem er 1935 nicht vergeben worden war, wurde der Friedensnobelpreis ein Jahr später, am 23. November 1936, Carl von Ossietzky zugesprochen. Hermann Göring versuchte Ossietzky zur Ablehnung des Preises zu bewegen. Als der sich weigerte und stattdessen sein Bekenntnis zum Pazifismus erneuerte, wurde dem inzwischen auf Druck der Weltöffentlichkeit in ein Polizeikrankenhaus Verlegten die Ausreise zur Preisverleihung verweigert. Die restlichen anderthalb Jahre seines Lebens verbrachte der schwerkranke Friedensnobelpreisträger unter strenger Bewachung in einem armseligen Zimmer eines Berliner Sanatoriums. Am 4. Mai 1938 starb er und wurde in einem namenlosen Grab verscharrt.

Zum Weiterlesen Eine sehr gute Biografie über Carl von Ossietzky: Gerhard Kraiker / Elke Suhr – Carl von Ossietzky. Rowohlt TB, 160 S., 6,50 Euro, ISBN 3-499-50514-2

Das zivile Rätsel 2004 – zwei

Von Michael Wilke

Start frei zur zweiten Runde. Wie in guter alter Tradition warten viele Fragen auf Euch. Die Lösung findet ihr beim Um-die-Ecke-Denken oder im Lexikon. Das Lösungswort findet Ihr, wenn Ihr die Buchstaben in den markierten Feldern zusammensucht.

Ich wünsche Euch viel Spaß.

Waagerecht

- 1 Klingt wie plural, sie scheint aber nur einmal und man kann es in ihr tun
- 6 Bei Geldnot hilft diese Aufforderung
- 11 Zerstörung der harten Zahnschubstanz
- 12 Aufgetürmter Haufen und veraltete Lagerhalle
- 13 Ein schleimiges Meeresgrün
- 14 Lateinischer Vater und mit noster automatische Etagenverbindung
- 16 Wenn überhaupt, dann englisch
- 17 Liebevoller Umschlingen mit den oberen Gliedmaßen
- 18 Himmlisches Saiten-Instrument
- 19 Die Frau ohne Chris wird mit Clemens zum Fröchtchen
- 20 Bilderbefestigungsstift
- 22 Samstag und Sonnabend in ihrer kürzesten Form
- 23 In ihm ist er hier einzutragen, geht auch ganz schnell
- 25 Franz. Artikel
- 26 Mit vier Buchstaben entspricht dieser Begriff nicht seiner Bedeutung
- 29 Alle Chlor-Kohlen-Wasserstoffe

- 31 Nachwachsender Rohstoff
- 34 DJ-Equipment und Bindeglied zwischen Turntables
- 35 In Ulm, ___ Ulm und ___ Ulm her ___
- 37 Der Kern unter einer weichen Schale soll so sein
- 38 Leichtmetall in Anzeigen
- 39 Unterwasseratmungsorgan
- 42 Barium wie 4 SENKRECHT
- 43 Vor Stamm steht er in freier Natur, hinter Stamm hat jeder einen
- 45 Ehemals italienisches Zahlungsmittel, abk.
- 46 Sammelbezeichnung für Braun- und Rotalgen
- 48 Einige von 43 WAAGERECHT tragen diese, einzutragen sind die kleinsten
- 51 Die ersten 3/7 von 46 WAAGERECHT
- 52 Häufige Erwiderung auf einlassbitendes Türklopfen

Senkrecht

- 1 Material schwarzer und gleichnamiger Lutschpastillen
- 2 Eine laute Stimme verleiht ein kräftiges
- 3 Diese SENKRECHT 2 liegen bei uns in Höhe des ersten Lendenwirbels
- 4 Neon elementarisch
- 5 Deren Laub zittert sprichwörtlich
- 6 Nicht setzen! Sondern?
- 7 In gleichem Abstand und ohne gemeinsamen Schnittpunkt verlaufend
- 8 Amerikanische Nachrichtenagentur
- 9 Heranwachsen,

- oder luftgefüllter Gummischlauch
- 10 Fabelwesen
- 11 Material für 9 SENKRECHT
- 12 Sankt
- 15 Völlig fremd ist ihm alles von A bis Z
- 21 Wird in Talkshows oft geführt
- 24 Männl. Vorname
- 27 Steht Kölsch ab, wird es zu diesem Gebräu aus Düsseldorf
- 28 Im Kilo sind davon 1000
- 30 Abgekürzter globaler Wettstreit
- 32 Erstaunlicher Ausruf
- 33 Absolut nicht in
- 36 Tummelt sich in Kopfkissen und Bettdecke
- 38 Dies und Trug versprechen nicht die Wahrheit
- 40 Hektik, Schnelligkeit
- 41 Medizinisch technische Angestellte
- 43 Gibt es in Braun, Schwarz, Weiß und aus Gummi
- 44 Angeführt vom T wird diese Frau zum 43 WAAGERECHT, mit K zum Gefäß
- 46 Stündchen
- 47 Engl. Artikel
- 49 Zu Ostern bunt und vom Hasen gelegt
- 50 Umkehrung von 4 SENKRECHT

	1	2	3	4	5	9	6	7	8	9	10
11					7		12	3			14
13		12			14	15				16	
17							18				
19		2			20		21		4		
22			23	24		25			26	27	28
29		30		31	32		6	33			
		34			11			8			
35	36				37					38	
39		40	41			42	5	43	44		
	45				46			47			10
	48			49							50
51		13				15	MW 2004	52		1	

Bitte die Lösungszahl auf dem Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und an uns abschicken:

Redaktion zivil
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart
oder per E-Mail: rätsel@zivil.de
Absender nicht vergessen!
Einsendeschluss ist der 20. Juni 2004.

Unter den richtigen Rätsel-Einsendungen verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) folgende Gewinne:

1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 50 €
2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 25 €
3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 15 €
- 4.-10. Preis: je ein zivil-Freiabo für ein Jahr

Die gesuchte Zahl des zivil-Rätsels 1/04 ist 59

Die drei Gewinner der Büchergutscheine sind Hagen Straßberger aus Rostock, Daniel Pröpper aus Biberach und Michael Schulz aus Bannewitz. Gratulation! Alle GewinnerInnen werden von uns benachrichtigt.

Von hinten besehen

Von Jörg Benzing

Der Bub hat Talent zum Zeichnen. Die ersten Porträts, die er angefertigt hat, stellen die Reformatoren Luther, Melanchthon und Zwingli dar. Deren Bilder hingen nicht zu Hause an der Stubenwand, sondern bei seinem Onkel, einem Pfarrer, zu dem der Neunjährige zur Erziehung gegeben worden war. Daheim war offenbar der Platz zu eng geworden. Sechs weitere Geschwister kamen auf die Welt. Als er einmal nach Hause kam zu Besuch und durchs Dorf ging, soll ihn seine Mutter auf den ersten Blick gar nicht erkannt haben. Sagt er.

Viele der später entstandenen Zeichnungen und Geschichten offenbaren, dass die Erlebnisse seiner Kindheit ihm ein Leben lang zu schaffen machten. Das Motiv des Scheiterns, des bösen Ausgangs variiert er vielfältig mit Zeichenstift und Papier. Ein Frosch denkt, er könne fliegen, kaum dass er mit Mühe auf den Baum geklettert ist. Was folgt, ist eine astreine Bauchlandung. Ein Rabe wird übermütig und verendet unglücklich in einer Schlinge. Da ist ein Bub, der sich wider alle Warnung aufs Eis wagt, einbricht und zu Eis gefroren von seinen Rettern nach Hause getragen wird. Wohl gelingt es, ihn aufzutauen, aber, Schreck lass nach, der Kerl zerfließt ganz und gar. Solch eine substantielle Verwandlung kennzeichnet auch seine wohl berühmteste Geschichte.

Das alles ist einerseits nicht zum Lachen, andererseits aber schon, denn außer Zeichnen kann der Gesuchte auch gut Reime erfinden und das Geschehen präzise kommentieren. Beim Publikum kommen seine Veröffentlichungen gut an. Zahllos die Sprichworte, die sich aus seinem Werk schöpfen lassen. Für jeden Fall hat er die passenden ironisch-humorvollen Verse parat. Er ist erfolgreich, wenngleich auf anderem Gebiet, als erhofft und angestrebt.

Nach einem abgebrochenen Studium des Maschinenbaus – Berufswunsch der Eltern – will er sich durchsetzen und geht an die Kunstakademie. Er bewundert die niederländischen Maler, fühlt sich zugleich von ihnen niedergedrückt. Frei entfalten kann er sich nicht, er bricht erneut ab, voller Selbstzweifel und Ängste und auf der Suche nach einem verlässlichen Grund der Existenz. Gelegenheitsarbeiten halten ihn über Wasser, bis er in jener Mischung aus Zeichnung und Text seine Kunstform findet.

Ein dreiviertel Jahr vor seinem eigenen Tod sinniert er über die Zukunft eines Maikäfers, den er in seiner Nähe beobachtet: „Viel Grünfutter, ein Bißel Liebe, dann ist's für diesmal vorbei mit ihm.“ Aber alles ist relativ, denn „tausend Jahre, von hinten besehen, sind wohl auch nicht mehr.“

Wer war's?



6-monatiges „DAMALS“-Abo zu gewinnen!
Wir verlosen unter den richtigen Einsendungen, wieder mit freundlicher Unterstützung des DVA-Verlags, ein Halbjahres-Abo der Zeitschrift „DAMALS – das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur“



Die gesuchte Person im Heft 1/04 war die schwedische Schriftstellerin und Kinderbuchautorin **Astrid Lindgren (1907-2002)**.

Das „DAMALS“-Abo hat Michael Glocker aus München gewonnen.

Das Lösungswort vom Kreuzworträtsel:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

Wer war's? Der gesuchte Name:

Ich bin Zivi: nein ja, bis _____

Betr. zivil: Anregungen, Kritik, Lob... Sagen Sie uns die Meinung!

NEU **Lehrrettungsassistent**
Weiterbildung für Rettungsassistenten 740,00 €

Die Attribute unserer Qualifikation:
 • Vollzeit-Intensivlehrgang
 • inkl. Literatur und Skripte
 • inkl. Ausbildungsschein für Erste-Hilfe und Lebensrettende Sofortmaßnahmen
 • Praxisanbindung im realen Unterricht
 • Hospitation

Zwei Wochen Vollzeitlehrgang mit regelmäßiger Möglichkeit zur Unterrichtung an einer staatlich anerkannten Lehranstalt für Rettungsassistenten in Anlehnung an die Empfehlung der Hilfsorganisationen

Erhöhen Sie Ihre Chancen!

InfoLine (02 31) 55 72 07 16

Dortmunder Institut für Bildung- und Sozialmanagement (DIBS)
 Körnebachstr. 52-52 · 44143 Dortmund

Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum/zur

- **staatl. geprüften Betriebswirt** in
 - Finanzwirtschaft • Touristik

Vom Koch, Restaurant, Hotelfachmann zum/zur

- **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt** in
 - Beginn: August • Wohnheime, Förderung möglich

August-Bebel-Str. 24-27 • Tel. 03 45/6 88 77-0 • Fax -22
E-Mail: blindow.halle@t-online.de • www.blindow-schulen.de

BERUFSSKOLLEG

Staatl. gepr. Techniker
 Kfz. Bau, Elektro, Masch., Heizung
 Tages- oder Abendschule
 Förderung: Meister-BAföG, BW
Techn. Betriebswirt (WA)
 Berufsbegl. 1 1/2 J.f. Meister. Techn.
 Beginn: April, Oktober

WESTFALEN-TECHNIKUM
 Körnebachstr. 52 - 44143 Dortmund
Tel.: 0231 / 55 72 07 0

Fort- und Weiterbildung im Kfz-Wesen

- ▶ **Staatl. gepr. Kfz-Techniker** ◀
 Aufn.: Facharbeiter und 2 J. Berufspraxis oder 7 J. Berufspraxis
- ▶ **Kfz-Sachverständiger** ◀
 (EDV-Anw.: Audatex, DAT) - Schwacke-Partner
 Aufn.: Kfz-Ing., Kfz-Techniker, Kfz-Meister

Info: Tel. 0231 / 55 72 07 0
Fax: 0231 / 55 72 07 10

Westfalen-Akademie Dortmund
 44143 Dortmund Körnebachstr. 50-52

Weiterbildung als **Kfz-Sachverständiger**
 (EDV-Anwend.: Audatex, DAT)
SCHWACKE-Partner
 (Vorbereitungs-Lehrgänge) auf Anfrage

Westfalen-Akademie Dortmund
 Körnebachstr. 52 · 44143 Dortmund
Tel. 0231/5572070 Fax 55720710

← ↑ ↗

WAS BIN ICH?



Katja Albrecht,
 Studentin der Diakonenschule mit halber Arbeitsstelle in den Neinstedter Anstalten, im sozialen Bereich, z. B. der Altenpflege oder Behindertenarbeit

DIAKONIN →

Bewerben Sie sich! Um eine Ausbildung für Ihre ganz persönliche Perspektive.
Für eine Ausbildung zur Diakonin oder zum Diakon.

Neinstedter Anstalten – Evang. Stiftung
 Diakonenschule Lindenhof
 Lindenstraße 22 · 06502 Neinstedt/Harz
 Tel.: (03947) 99 - 130 · Fax: (03947) 99 - 131
 E-mail: J.Wendt@Neinstedter-Anstalten.de
 www.neinstedter-anstalten.de


Fundierte Ausbildung: Diakonin, Diakon!

Sie sind
 interessiert an einer Tätigkeit im kirchlichsozialen Bereich zwischen 17 und 30 Jahre alt
 Angehörige/r einer evangelischen Kirche

Sie haben
 mindestens einen Mittleren Schulabschluss

Sie finden bei uns
 Ausbildungen zu staatlich anerkannten Fachberufen
 eine fundierte theologisch-diakonische Qualifikation
 gesicherte Anstellung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
 eine diakonische Lebens- und Lerngemeinschaft

Sie arbeiten dann in
 der kirchlichen Jugend- und Gemeindegarbeit
 der diakonischen Kinder- und Jugendhilfe
 Einrichtungen für Menschen mit einer Behinderung
 Krankenhaus oder Altenpflege



Die Rummelsberger

Diakonenschule Rummelsberg
 Rummelsberg 35
 90592 Schwarzenbruck
 Telefon 09 128/50 22 22
 Fax 09 128/50 24 80
 www.diakon.de

Web-Kompass Unsere Web-Empfehlungen

Aktiv-Reisen: Kanu, Rad, Trekking, Outdoor: www.rucksack-reisen.de	Existenzgründung: Englische Limited statt GmbH www.adcomp.de	www.baikal-express.de www.wikinger.de www.club-orient.de www.costa-blanca-ferien.de	Bundesanstalt für Arbeit www.arbeitsagentur.de www.netzeit.de www.die-kirche.de www.ekd.de www.gep.de www.jungekarriere.de www.stepstone.de www.praktika.de www.edyn.org www.entwicklungsdienst.de www.jugendfuereuropa.de www.militärseelsorge.de www.zivil.de
Altersvorsorge: Vermögensaufbau www.guenstigversichert.com	Fernstudium: www.zfh.de www.sozialkompetenz.de www.fernstudium-mba.de www.fsz-friedberg.de	Schach: www.schachfiguren.de	
Augenoptik: DOK-Kontaktlinsenversand www.dok.de	Geschenkideen: www.geschenkezeitung.de	Seminare/Weiterbildung: www.uni-100.de www.kitzmann.biz.de	
Ausbildung: Physiotherapie-Ausbildung www.loges-schule.com	Reisen: Transsibirische Eisenbahn www.lernidee.de www.flugbazar.de www.reisen-touren.de	Stellenmarkt: www.berufsstart.de www.ihre-neue-zukunft.de www.djia.de Evangelischer Entwicklungsdienst, www.eed.de	
Bücher: Über 1 Mio. Bücher im Angebot ohne Versandkosten www.allebuuecher.de			

Info-Line freecall 0800 2546369 BLINDOW
 www.blindow-schulen.de mit Wohnheimen*

Die City-Schule
 30171 Hannover Baumstr. 18
 31655 Stadthagen* Hüttenstr. 15
 31675 Bückeburg Hinüberstr. 12

PHYSIOTHERAPEUT^{IN}
ERGOTHERAPEUT^{IN}
MASSEUR^{IN}
ALTENPFLEGER^{IN}
KOSMETIKER^{IN}
RETTUNGSASSISTENT^{IN}
UMSCHULUNG GASTRONOMIE
TOURISMUS/HOTELMANAGEMENT

GESUNDHEITSBERUFE

WEITERBILDUNG
 teilweise schulgebunden
 *Incl. Fachhochschulreife, AÉVO

TECHNIKER^{IN}*
 Bau-, Elektro-, Maschinen-, Medizin-, Maschinen-, Umweltschutztechnik
BETRIEBSWIRT^{IN}*
 Controlling, Marketing, Finanzen
HOTELBETRIEBSWIRT^{IN}*
 (System) Gastronomie, Touristik

SCHULEN DR. BLINDOW

Qualifizierte Aus- und Fortbildung im Rettungswesen

• Rettungsassistentin – Vollzeit –
 Hauptschulabschluss – 18 Jahre –
• Ergänzungslehrgänge für
 Rettungssanitäter/Feuerwehr/Bundeswehr/Grenzschutz/Polizei/Krankenpflege

Beginn Frühjahr und Herbst

Schulen Dr. Blindow Hannover
 Tel. 0511/813066 - Fax 2834292
Westfalen-Akademie Minden
 Tel. 0571/840083 - Fax 0571/840025
Westfalen-Schulen Dortmund
 Tel. 0231/557207-16/20 - Fax 557207-10
Vogtland-Akademie Plauen
 Tel. 03741/0410 - Fax 03741/704120

BERUFSAKADEMIE KASSEL DR. W. BLINDOW-SCHULEN

• Physiotherapie • Medizin. Fußpflege
• Ergotherapie WFOT anerkannt Beginn: März/Sept. Förderg./schuleig. Finanz.

Frankenstraße 42 · 34131 Kassel
Telefon: 0561 / 932 429 3

FACHSCHULE DES MÖBELHANDELS

Frangenheimstraße 6
 50931 Köln (Lindenthal) Telefon 0221/940130
 Telefax 0221/9401327

Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
 Unterkunft im Wohnheim mit Mensa auf Wunsch
 Förderung nach dem Berufsförderungsprogramm
 des Arbeitsamtes möglich

Fordern Sie unseren Studienführer an.

info@moefa.de · www.moefa.de

Web-Kompass

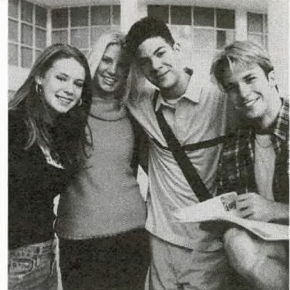
Rubrik (Kostenlos): _____

Anzeigentext (bitte in Blockschrift):

10 mm/1 sp. € 15,00 15 mm/1 sp. € 22,50 20 mm/1 sp. € 30,00
 25 mm/1 sp. € 37,50 30 mm/1 sp. € 45,00 35 mm/1 sp. € 52,50

Alle Preise verstehen sich zzgl. 16% MwSt.

Die Chance für Realschüler



- Assistent für Elektronik und Datentechnik
- Assistent für Technische Informatik
- Assistent für Wirtschaftsinformatik
- Physikalisch-Technischer Assistent

ptl wedel
 PHYSIKALISCH-TECHNISCHE LEHRANSTALT

Feldstraße 143
 22880 Wedel
 Tel.: 04103 / 80 48-0
www.ptl.de

Fachhochschule Nordhessen

Fern- oder Präsenzstudium

- ▶ Dipl.-Betriebswirt/in
- ▶ Dipl.-Physiotherapeut/in*
- ▶ Dipl.-Wirtschaftsjurist/in
- ▶ Dipl.-Ergotherapeut/in*

*Fernstudium nur für staatl. gepr. Therapeuten

Bernd-Blindow- u. Dr.-Rohrbach-Schulen

- ▶ Physiotherapeut/in
- ▶ Masseur/in
- ▶ Ergotherapeut/in
- ▶ Logopäde/in
- ▶ Biologisch- ▶ Pharmazeutisch-techn. Assistent/in
- ▶ Techniker/in (Umweltschutz)
- ▶ Ass. Wirtschaftsinformatik
- ▶ Informationstech. Ass.
- ▶ Tech. Assistent/in (Umweltschutz, chem. u. bio. Laboratorien)
- ▶ Grafik-Designer/in
- ▶ Mode-Designer/in i. V.
- ▶ Fachoberschule Wirtschaft Fachhochschulreife i. V.

Bundesweite Studien- und Ausbildungsorte
 Ortstarif: 01801 500 555 **blindow.de** oder **diploma.de**

Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Polnisch u.a.

Perelingua - Sprachreisen
 Varziner Straße 5
 12159 Berlin
 Tel. 030-851 80 01
www.perelingua.de

Intensivkurse, Einzelunterricht,
 Sprachtraining für den Beruf

Rabatte: Kombi: JS + Zivil: 17 Anzeigen schalten, aber nur 14 bezahlen!
 ZIVIL 5 Anzeigen schalten, aber nur 4 bezahlen!
 JS 12 Anzeigen schalten, aber nur 10 bezahlen!

Adresse
 Firma: _____
 Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 Fax: _____
 E-Mail: _____

Bankverbindung
 Kontonummer: _____
 Bankleitzahl: _____
 Geldinstitut: _____
 Ort: _____
 Datum/Unterschrift: _____

Zahlung
 per Bankeinzug
 per Rechnung

Web-Anzeigen Kontakt + Info:
 Rodmann + Partner, Mediaberatung
 Woldsenweg 14, 20249 Hamburg,
 Tel: 040-48 75 76, Fax. 040-480 44 12,
 E-Mail: jrodmann@aol.com

Mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens...

Ein Friedensgebet im Geiste Franz von Assisis



**Herr,
mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens;
dass ich liebe, wo man hasst;
dass ich verzeihe, wo man beleidigt;
dass ich verbinde, wo Streit ist;
dass ich Glauben bringe, wo Zweifel droht;
dass ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist;
dass ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält;
dass ich Freude bringe, wo Traurigkeit wohnt;
dass ich Licht entzünde, wo Finsternis regiert.**

**Herr,
lass mich trachten,
dass ich mehr tröste, als dass ich getröstet werde;
dass ich mehr verstehe, als dass ich verstanden werde;
dass ich mehr liebe, als dass ich geliebt werde.**

**Denn wer gibt, der empfängt;
wer verzeiht, dem wird verziehen;
und wer stirbt, der erwacht zum ewigen Leben.**

Wo die Liebe beginnt, endet die Gewalt (Pax-Christi-Kapelle, Casa per la Pace, bei Florenz) Foto: F.Schneider

Friedensgebete können die geistigen Immunkräfte stärken gegen Gewaltbereitschaft und Vergeltung. Sie tragen dazu bei, die Perspektive einer lebensfreundlichen Orientierung im Blick zu behalten.

Mit der Bitte „Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens“ beginnt eins der bekanntesten Friedensgebete der Ökumene. Zwar hält die verbreitete Annahme, dass Franz von Assisi das Gebet verfasst haben soll, einer historischen Überprüfung nicht stand. Dennoch ist festzustellen: Indem es den Geist der Gewaltfreiheit und universalen Geschwisterlichkeit widerspiegelt, bringt das Gebet zentrale Gedanken der franziskanischen Spiritualität zum Ausdruck. In diesem weiteren Sinne können wir mit dem brasilianischen Befreiungstheologen Leo-

nardo Boff Franz von Assisi als „geistigen Vater“ des Gebetes betrachten und urteilen: „Ohne ihn wäre unser Friedensgebet niemals verfasst und verbreitet worden.“

Die Spuren des Friedensgebetes lassen sich bis nach Nordfrankreich zurückverfolgen, wo 1913 eine kleine Lokalzeitung aus der Normandie den Text abdruckte. International bekannt wurde das Gebet, als es während des Ersten Weltkriegs in die Hände Papst Benedikt XV. gelangte. Mitte 1915 hatte der Papst in seiner Botschaft „An die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter“ den Krieg als „ein entehrendes Gemetzel“ verurteilt. Am 20.01.1916 ließ er das Friedensgebet im Osservatore Romano, dem offiziellen Nachrichtenorgan des Vatikans, veröffentlichen. Von dort aus machte es seinen

Weg in die Friedensandachten, die die Zeit des Ersten Weltkriegs hervorrief.

Damals wie heute wirkt das Gebet durch seine lebensfreundliche Ausstrahlung, die die Grenzen von Interessengruppen, Parteien und Nationen hinter sich lässt: „Es hat die geheime Kraft, alle in dem einen Geist des Friedens und der Liebe zu vereinen. Einen Augenblick lang lässt es uns spüren, dass wir in der Tat alle Brüder und Schwestern sind in der großen Familie von Menschheit und Kosmos und Söhne und Töchter in der einen Familie Gottes.“ (Leonardo Boff) Friedhelm Schneider

Zum Weiterlesen: Leonardo Boff: „... dass ich liebe, wo man hasst“. Das Friedensgebet von Franz von Assisi. Düsseldorf (Patmos) 2000

Pieter Bruegel der Ältere (1520/25-1569) „Der Triumph des Todes“



Ausschnitt aus: Pieter Bruegel der Ältere, „Der Triumph des Todes“, um 1562, 117x162 cm, Öl auf Holz; Museo del Prado, Madrid

Pieter Bruegel d. Ä. ist einer der bedeutendsten niederländischen Maler des 16. Jahrhunderts. Der „Shakespeare der Malerei“ ist politisch und theologisch gebildet und unverkennbar ein Moralist. In vielen seiner dramatischen Bilder hat er sich von Hieronymos Bosch inspirieren lassen. Beide sind fasziniert von den letzten Dingen, von Leben und Tod und von dem, was danach kommt. Bruegel hat von Bosch gelernt, das zu zeichnen, was nicht zu sehen ist, was aber hinter den Dingen hervorleuchtet.

Sein alpträumerisches Gemälde „Der Triumph des Todes“ ist durchweht von Boschs apokalyptischer, visionärer Kraft. Bruegel kombiniert die Tradition der mittelalterlichen Totentänze mit theologischen Bildelementen des „jüngsten Gerichtes“. Der Maler hat die Tradition des Totentanzes gesteigert und potenziert und die Welt als militärisches Schlachtfeld des Todes und der Zerstörung gemalt. Auffällig ist, wie die Skelette in militärischen Schlachtreihen – „in

Reih und Glied“ – in die Welt der Lebenden einbrechen, und Schrecken und Panik verbreiten. Ein apokalyptischer Reiter mit einer Sense, dem traditionellen Attribut des Todes, prescht auf einem klapperdürren Pferd in eine Gruppe von Menschen hinein. Andere Skelette wüten in der Zivilbevölkerung. Im Hintergrund des Bildes – gemalt in einer gelbfahlen Farbe der Agonie – erheben sich Folterräder und Galgen in den unheilswangeren Himmel hinein. Rechts unten wird ein Liebespaar, das ein Liebesduett mit einer Mandoline singt, aus einer Welt des Friedens, in der die Musik regiert, herausgerissen. Überall dominieren die militärisch organisierten Skelette.

Bruegel zeichnet den „militarisierten“ Tod. Er hat mit seinem Bild „Triumph des Todes“ Goyas „Schrecken des Krieges“ und Picassos „Guernica“ vorweggenommen.

Pieter Bruegel entlarvt diese Welt als eine Welt der Gewalt, der Folter und des Todes, eine

Welt der gewalttätigen Intoleranz. Zugleich geht es ihm aber um die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die er tausendfach verletzt und zerstört sieht.

In einem seiner Bilder, „Die Predigt des Johannes der Täufer“, wird deutlich: Bruegel sympathisiert mit der Täuferbewegung. Die Täufer lehnten damals jegliche Form der Gewalt und des Krieges ab. Sein Gemälde beinhaltet auch einen versteckten Protest gegen die tödliche spanische Zwangsherrschaft in den Niederlanden. „Der Triumph des Todes“ hat zudem eine theologische Botschaft: „Der Tod ist der Sünde Sold“ (Röm.6,23) und die Sünde, das ist für Bruegel die Gier nach immer mehr, nach Geld, Besitz und Macht, verkörpert durch einen König mit seinen Geldtruhen (im Bildausschnitt nicht sichtbar). Seine Kritik: Die Gier nach Geld ist an die Stelle der Suche nach Sinn und nach geistlichen und humanitären Werten getreten.

Harald Wagner

Die großen Themen des Lebens *sind unsere Themen.*

Psychologie Heute ist die einzige deutsche Zeitschrift, die regelmäßig und umfassend über Psychologie und die Humanwissenschaften berichtet. Die großen Themen des Lebens sind unsere Themen: Gesundheit, Liebe, Arbeit, Kommunikation, Erziehung. Wer *Psychologie Heute* regelmäßig liest, erfährt viel über sich selbst.

Psychologie Heute lesen.
Hinterher sind Sie klüger.



DIE AKTUELLE AUSGABE ERHALTEN SIE MONATLICH AM KIOSK

Schreiben Sie oder rufen Sie an: **Beltz Medien-Service**

Postfach 10 05 65, D-69445 Weinheim, Telefon: 0 62 01 / 703-200, Telefax: 0 62 01 / 703-201,

E-Mail: medienservice@beltz.de, Internet: www.beltz.de

BELTZ